

— Siebzehnter Jahrgang. —

Nr. 28.

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

für die Zeit vom 3. bis 9. Juli 1908.

Posen, den 14. Juli 1908.

Aus den Blättern der Provinz Posen.

Aus Nr. 153 des Lech (Gnesen)
vom 7. Juli 1908:

Slawische Zusammenkunft.

In Prag findet aus Anlaß der Gewerbeausstellung eine Zusammenkunft der Vertreter aller slawischen Nationen statt. Die Polen entsenden ebenfalls ihre Delegierten, und zwar aus dem Königreich 10 und aus Galizien 5. Wenn aus dem preussischen Anteile kein offizieller Vertreter zu dieser Zusammenkunft erscheint, so ist das kein Beweis dafür, daß wir uns mit der Sache der slawischen Völker nicht solidarisieren; lediglich die politischen Verhältnisse haben uns gezwungen, die Zusammenkunft nicht zu beschicken.

Die slawische Zusammenkunft hat für uns Polen prinzipielle Bedeutung. Nach langer Zeit tritt Polen wieder als Volk nach außen hin auf und wird wenigstens durch die verwandten Völker als gleiche Nation unter ihres gleichen behandelt.

Aus Nr. 155 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 9. Juli 1908:

Der internationale Pressekongreß in Berlin.

Von dem Schriftführer des Vereins der polnischen Journalisten und Literaten für das Deutsche Reich erhalten wir ein Schreiben, welches der Verein der polnischen Journalisten in Lemberg im Namen der gesamten polnischen Presse an den Vorsitzenden des internationalen Presseverbandes Herrn Singer gerichtet hat. Dieses im Original französische Schreiben lautet in deutscher Übersetzung:

Hochwohlgeborener Herr Präsident!

Im Namen des Vereins der polnischen Journalisten in Lemberg, welcher in diesem Falle der Ausdruck der gesamten polnischen Presse und der ganzen polnischen Volksgesamtheit ohne Rücksicht auf die staatlichen Grenzen ist, haben wir die Ehre, Sie zu berichten, daß die polnische Presse ihre Vertreter zu dem diesjährigen Kongreß der Delegierten des internationalen Verbandes nach Berlin nicht entsenden wird.

Das . . . Vorgehen der preussischen Regierung gegen unsere Brüder unter dem Zepher der Hohenzollern, dessen krasser Ausdruck der berüchtigte Sprachenparagraph im Vereinsgesetz und das von der Meinung der ganzen Welt verurteilte Enteignungsgesetz war, ebenso die

Tatsache, daß der überwiegende Teil der preussisch-deutschen Presse unter Verkennung der primitivsten Begriffe der Ethik das . . . der preussischen Regierung nicht nur rechtfertigt, sondern sogar zum Begehen neuer anregt, alles das macht es uns unmöglich, die Gastfreundschaft in der Hauptstadt des preussischen Staates anzunehmen.

Zwar ist Berlin auch die Hauptstadt des deutschen Kaiserreichs, in dem es nicht an überaus beachtenswerten Persönlichkeiten und Organen der Presse fehlt, welche die der . . . zuwiderlaufende preussische Politik . . . verurteilen und für die wir tiefe Verehrung hegen, — aber wir zweifeln nicht daran, daß gerade diese Faktoren eben unsere Beweggründe am besten verstehen und würdigen werden.

Übrigens wäre es uns unmöglich, an einem Kongreß teilzunehmen, der stets wacker auf der Hut der Pressefreiheit stand und steht, und nicht das in der gesitteten Welt unerhörte . . . der preussischen Regierung an der polnischen Presse hervorzuheben, das nur deshalb erfolgt, weil diese Presse die Rechte der Nation auf Leben und Existenz verteidigt. Wir müßten daher mit einem großen Akt der Anklage gegen die preussische Regierung angesichts der Repräsentanten der zivilisierten Welt auftreten. Dieser Akt — dessen sind wir gewiß — würde lauten Widerhall in den Gewissen und Herzen des überwiegenden Teiles der Delegierten finden, welche das Wesen des Geistes der preussischen Regierung kennen, aber er würde vielleicht für den Kongreß ein unerwünschtes Moment bilden.

Indem wir somit den Grundsatz des Presseverbandes achten, der es nicht gestattet, über die Grenzen der Fachberatungen hinauszugehen, und da wir andererseits nicht teilnehmen können ohne nachdrückliche . . . der preussischen Regierung und des Teils der Presse, der diese Regierung unterstützt und rechtfertigt, so haben wir beschlossen, uns von der Teilnahme am Kongresse fernzuhalten.

Indem wir Ew. pp. davon benachrichtigen, hegen wir zugleich die auf Ihr bekanntes Loyalitätsgefühl gestützte Hoffnung, daß Sie geruhen werden, die Delegierten in der ersten Sitzung von unserem Fernbleiben und von dessen Gründen in Kenntnis zu setzen.

Mit wahrer Verehrung und kollegialischem Gruß

Der Vorstand des Vereins der
polnischen Journalisten.

Nus Nr. 150 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 3. Juli 1908:

Der Verbandstag der polnischen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften für Posen und Westpreußen

findet vom 22. bis 24. September 1908 in Posen statt.

Die geehrten Delegierten, Mitglieder und Freunde
der Genossenschaften ladet ergebenst ein.

Posen, den 26. März 1908.

Pfarrer Wawrzyniak, Kurator.

Tagesordnung:

I. Dienstag, den 22. September, 7 Uhr abends.

1. Eröffnung des Verbandstages durch den Kurator.
2. Prüfung der Delegiertenvollmachten.
3. Wahl des Vorsitzenden, des Vertreters und zweier Schriftführer.
4. Festsetzung der Tagesordnung.
5. Bildung der Kommissionen.
 - a) zu Nr. 11, 12 und 16 eröffnet der Kurator,
 - b) zu Nr. 9 und 13 eröffnet der stellvertretende Kurator,
 - c) zu Nr. 8 und 20 eröffnet der Pfarrer Adamski,
 - d) zu Nr. 10 und 18 eröffnet der Pfarrer Bolt,
 - e) zu Nr. 15 und 17 eröffnet der Pfarrer Kotecki,
 - f) zu Nr. 7 und 19 eröffnet der Direktor Wiczkowski.
6. Bericht des Kurators.
Es folgen Kommissionsarbeiten.

II. Mittwoch, den 23. September, 8 Uhr abends heilige Messe auf das Gelingen des Verbandstages, sodann um 9 Uhr früh:

7. Die Kreditverhältnisse zwischen der Verbandsbank und den Genossenschaften. Scheck- und Giroverband. Die Angelegenheit der Erhöhung des Aktienkapitals der Verbandsbank.
8. Kursusangelegenheit.
9. Wer soll die Vorstandsmitglieder wählen und auf wie lange?
10. Die Notwendigkeit eines Reglements für den Vorstand, den Aufsichtsrat und die Kommission.
11. Die Angelegenheit der „Kupiec“-Genossenschaften.
12. Die Angelegenheit der Parzellierungsgenossenschaften.
13. Vom übermäßigen Kredit.
Es folgen Kommissionsarbeiten.

III. Donnerstag, den 24. September, 8 Uhr früh.

14. Wahl eines Kuratoriumsmitgliedes.
15. Vorlegung der Rechnungen der Verbandskasse, Dechargeerteilung, Normierung der Beiträge für die Kuratoriumskasse für 1907.
16. Die Angelegenheit der Kolonisten.
17. Über die Beamten in den Genossenschaften.
18. Über Filialen und Vertrauensmänner.
19. Über Provisionen.
20. Über Diskontierung von Wechseln und Ansprüche von Handwerkern, Gewerbetreibenden und Kaufleuten.
21. Referate der Revisoren und Delegierten.

Nus Nr. 149 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 2. Juli 1908:

Sommerheim für junge Kaufleute.

Eine am 17. d. M. gegründete Genossenschaft m. b. H. unter der Firma „Letnisko“ hat das hübsche Besitztum in Unterberg „Villa Wanda“ von Herrn Kasimir Wendland aus Posen erworben. Die Villa

ist dicht am Walde, eine Viertelstunde von der Bahnstation belegen und setzt sich aus 13 Zimmern, Küche, Gärtnerwohnung, $3\frac{1}{2}$ Morgen Garten und $1\frac{1}{3}$ Morgen schattigen Waldes zusammen, der an den großen fiskalischen Forst stößt. Der Vorstand der Genossenschaft besteht aus den Herren Kasimir Andrzejewski, M. Bogajski, und St. Kucharski. Den Aufsichtsrat bilden die Herren Dr. K. Hacia, Vorsitzender, M. Slominski, Vertreter, Franz Krajna, Schriftführer, Kas. Otmianowski, Vertreter, B. Adamczewski und W. Kontrowicz. Das Recht zur Benutzung des Heims besteht erst vom nächsten Jahre ab.

Nus Nr. 154 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 8. Juli 1908:

Aufruf.

Sechzig Jahre sind am 2. Mai d. J. seit der Schlacht von Sokolowo bei Breschen vergangen, in welcher einige Duzend unserer Brüder den Tod davongetragen haben, hauptsächlich durch Verbrennen in einer Dominialscheune in Sokolowo. Die Gebeine dieser gefallenen Landsleute ruhen neben dem Orte des Todes in einem gemeinsamen Grabe auf dem Kirchhofe, der sich in so verfallenem Zustande befindet, daß er durchaus einer gründlichen Reparatur bedarf, sofern wir den denkwürdigen Ort in gehörigen Zustande erhalten wollen. Da die Renovierung erhebliche Ausgaben nach sich ziehen wird, wenden wir uns an die öffentliche Opferwilligkeit unserer Volksgemeinschaft, damit sie durch eine Spende zu einer so erhebenden Tat beitragen wolle.

Alle Spenden sind zu Händen des Herrn St. Ziobek in Breschen oder an die Expedition dieses Blattes zu senden.

Ein Kreis von Bürgern in Breschen.

Breschen, den 1. Juli 1908.

Nus Nr. 150 des Postep (Posen)
vom 3. Juli 1908:

Betrifft den Buchdruckertag.

Man informiert uns von interessierter Seite her, daß nicht nur die Druckereien des Kurjer Poznański und des Postep an dem verflossenen Posener deutschen Buchdruckertag, während dessen es zu dem bekannten Auftritt vor dem Rathause gekommen ist, nicht teilgenommen haben, sondern daß auch die nachstehenden Druckereien für jene deutsche Zusammenkunft weder Beiträge gezahlt haben, noch irgend etwas mit ihm zu tun hatten: Skrzetuski, Mallow, Kapela und Kozłowski. Es haben mithin 6 polnische Druckereien an jenem Feste nicht teilgenommen.

Man teilt uns auch mit, daß die Sonntagsversammlung des katholischen Arbeitervereins im Josephshause sehr stürmisch verlaufen und sogar unverrichteter Sache auseinandergegangen ist, und zwar wegen jener 200 Mark, welche die St. Adalbertdruckerei für den deutschen Druckertag gespendet hatte. Der geistliche Vorsitzende soll in dieser Sache ausweichende Antworten gegeben haben. Es entstand im Saale eine große Erbitterung, da die Arbeiter eine klare Erklärung darüber verlangten, wie sich die Sache verhalte. Wie dies gewesen ist, wissen wir nicht bestimmt, man hat uns nur gebeten, die Sache zur Sprache zu bringen.

Aus Nr. 154 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 8. Juli 1808:

Mit Bezug auf die **Jubiläumsfeier der Schützen-**
compagnie des hiesigen Landwehrvereins meint der

Dziennik:
..... „An dem Feste haben auch manche Polen teilgenommen. Es ist schwer zu verstehen, wie unter den heutigen Verhältnissen Polen an derartigen deutschen Festlichkeiten teilnehmen können. Wir wollen nicht, daß man uns schlecht verstehe. Wir sind keineswegs Gegner eines gemeinsamen Zusammenlebens der Polen mit den Deutschen; Menschen verschiedener Nationalität können in Eintracht leben. Aber man schätzt doch die Polen auf jedem Schritt gering. Nicht genug, daß man ihre Muttersprache nicht achtet, wird diese sogar verachtet, wofür wir so oft Beispiele erhalten. Angesichts dessen kann sich niemand über die Polen wundern, daß sie in Hervorhebung ihrer nationalen Würde genötigt sind, solche deutsche Festlichkeiten zu meiden.“

Aus Nr. 13 des Głos Wielkopolek (Posen)
vom 28. Juni 1908:

Rule Britannia! (Herrsche Britannien!)

..... in Berlin wird vom Arger gepackt.
Er möchte schreien, aber es fehlt ihm der Atem.
Denn nach Reval schiffet der Erste Engländer
Und die Wogen singen ihm folgendes Lied:
Schiffe, Britannien, schiffe flink
und handle dem zum Torte!

Ob aus dieser Meeresvisite etwas herauskommen
wird,
Ob hier irgendwelcher Änderungen Keim steckt,
Stets muß, der im Traß unersättliche
Sich ein wenig den Humor verderben,
Schiffe, Britannien, schiffe flink,
Und handle dem zum Torte!

Munter eilt das Schiff, die Wogen teilend, dahin.
Der Erste Engländer saß auf dem Verdeck.
Wenn er Rußland aus dem Reß ziehen wird,
Wird ihn dafür die ganze Welt loben,
Schiffe, Britannien, handle gut,
Dem möge das Los sagen: „Geh unter!“

Aus Nr. 152 des Głos Wielkopolski (Posen)
vom 5. Juli 1908:

An die Wohlgesinnten.

Von dem Abgeordneten Herrn Rechtsanwalt
Dr. v. Dziembowski erhalten wir das nach-
stehende Schreiben:

„Meine erste Rede in der Enteignungskommission ist der Gegenstand einer beständigen Polemik in den Zeitungen geworden, ich fühle mich daher genötigt, nochmals die ganze Sache darzustellen und aufzuklären. Ich war der Ansicht, es werde am besten sein, die Sache genau in Versammlungen zu besprechen; leider habe ich mich auch hier überzeugt, daß die Referate über meine Ansprachen ungenau sind und die Grundlage zu einer fortdauernden unfruchtbaren Polemik bieten. Daher ergreife ich das Wort zwecks Information unserer Volksgesamtheit, an die gutgläubigen Leute appellierend.“

Zwecks Verstehens meiner Rede bemerke ich, daß unsere Gegner in der Diskussion wie gewöhnlich die drohende polnische Gefahr, die Absicht der Losreißung vom Staate hinstellten. Beweis halber berief man sich auf die Tatsache, daß die polnische Presse in sehr scharfer Weise die Broschüre des Herrn v. Turno kritisiert habe, der sich auf den staatlichen Standpunkt gestellt, seine Nationalität aber keineswegs verleugnet hatte. Wie es manchmal in polnischen Artikeln vorkommt, kamen in den der Kommission vorgelegten Zeitungsausschnitten aufreizende Absätze vor, welche auf die Kommissionsmitglieder einen gewissen Eindruck ausübten.

Als ich zum Worte kam, war es meine Aufgabe, diesen Eindruck zu beseitigen und somit die Haltung unserer Presse und Volksgesamtheit zu erklären. Darum hob ich in einer längeren Ansprache hervor, daß die Presse keineswegs wegen des staatlichen Standpunktes, den Herr v. Turno eingenommen, gegen die Broschüre aufgetreten sei, sondern wegen einiger Absätze, wobei die Presse die Befürchtung geäußert habe, daß die Gegner in dieser Publikation eine Befundung der Furcht vor der Enteignung sehen könnten.

Auf dem Standpunkte des Herrn v. Turno, d. i. auf dem Standpunkte der Anerkennung der staatlichen Zugehörigkeit steht die Mehrheit unserer Volksgesamtheit, — ich teile diesen Standpunkt gleichfalls. Wer die Broschüre des Herrn v. Turno genau gelesen hat, der wird mir zugeben, daß einzig gewisse Absätze die Kritik durch die Presse hervorgerufen haben; niemand hat deshalb einen Vorwurf erhoben, weil der Verfasser sich auf den Standpunkt der staatlichen Zugehörigkeit gestellt hat, auf dem wir alle stehen.

Das Referat der Kommission ist kein Stenogramm, — es gibt lediglich den Inhalt der Reden wieder; darum ist es nicht genau und kann daher die Grundlage zu Kommentaren bieten, welche ganz unbegründet sind. Sodann bot ich ein Bild der bei uns herrschenden Strömungen und Richtungen. Ob ich übel oder richtig damit gehandelt habe, daß ich dessen erwähnte, das ist eine Frage rein persönlicher Überzeugungen, — ich wollte damit meiner Rede das Merkmal der Objektivität geben.

Ich hob hervor, daß wir gegen die Regierung — alle ohne Ausnahme — einen Kampf führten; manche täten dies des Kampfes halber, andere, um den Frieden im Osten herbeizuführen, der eintreten werde nach Beseitigung der Ausnahme-gesetze und nach Anerkennung der Gleichberechtigung der polnischen Bevölkerung. Auf Wunsch der Fraktion stellte ich später in der Kommission fest, daß auf diesem Standpunkt unsere ganze Volksgesamtheit stehe. Ich erwähnte bei dieser Gelegenheit, es bilde sich eine Partei, welche diese Grundsätze zu betonen wünsche, indem sie die staatliche Zugehörigkeit hervorhebe. Meine Gedanken gibt das Referat ziemlich getreu wieder; einzig die Wahl der Ausdrücke des Referenten kann auch hier den Anlaß zu gewissen unbegründeten Kommentaren bieten.

Ich bemerke nur, daß ich nicht gesagt habe, daß ich die Partei gründen werde, sondern daß eine solche Richtung hervortrete. Wer die (sehr ungenauen) Protokolle der Kommission durchsieht, der wird sich überzeugen, daß gerade dort im Gegensatz zum Referat der Ausdruck angewandt wurde, daß eine Partei in Bildung begriffen sei, nicht, daß ich sie bilden werde; denn ich habe dazu keineswegs die Berufung.

Ich bemerke weiter, daß ich nicht einen gewissen Kreis von Landwirten im Sinne hatte, sondern die

starke Strömung, die bei uns im Herbst vorigen Jahres zu Tage trat und welche eine überlegtere und ruhigere Leitung unserer politischen Aktion forderte.

Ich stellte fest, daß meine Rede vollkommen dem Standpunkt entspricht, den unsere Volksgesamtheit und die polnischen Fraktionen in Berlin eingenommen haben und der sich in dem Satze zusammenfaßt:

„Wir erkennen die staatliche Zugehörigkeit an, führen einen Kampf gegen die Regierung, nicht gegen den Staat, fordern die Beseitigung der Ausnahmegeetze und tatsächliche Gleichberechtigung.“

Ich gehörte f. Z. zu den Anhängern der Versöhnungspolitik, das bestreite ich nicht, und in Ruhe sehe ich dem Urteil der Geschichte über diese Zeiten entgegen, — dagegen betone ich, daß ich gegenwärtig keine Ausöhnungsaktion betrieben habe, im Gegenteil in der Kommission in zehn und einigen Reden gegen die Regierung scharf aufgetreten bin.

Ich erwähne die gegen meine Person gerichteten persönlichen Intriguen nicht; es ist das allzu schmerzlich und man schweigt besser darüber. Ich bemerke nur, daß ich in der Kommission keinen „Schutzengel“ gehabt habe, und Herr v. Niegolewski würde als edler Mensch und Kollege niemals eine solche Rolle übernommen haben. In der ersten Sitzung war leider kein Pole zugegen; unverständlich ist die Behauptung, ich hätte die momentane Abwesenheit des Abg. v. Niegolewski benutzt, um eine Rede zu halten, umsomehr, als die Redner der Reihe nach zu Worte kamen. Ich habe sogar nicht gewußt, daß der Kollege v. Niegolewski am folgenden Tage erscheinen und als Zuhörer an der Spezialdiskussion teilnehmen werde. Der Kollege v. Niegolewski kann bestätigen, daß ich der Regierung gegenüber überaus scharf aufgetreten bin, und kein vernünftiger Politiker wird wohl annehmen, daß ich einmal veröhnlich und dann scharf aufgetreten sei, — es wäre das ein Mangel an Konsequenz, der alle günstigen Eindrücke abschwächen würde.

Ich trete von der politischen Arena ab ohne Klage über die Volksgesamtheit, denn die gutgläubigen Leute stehen auf meiner Seite, und das ist für mich hinreichend. Ich habe mich nur von der Tatsache überzeugt, daß ein gewisser Personenkreis in Posen das Steuer unserer politischen Angelegenheiten in Händen hält. Wer ihm nicht angehört, den beseitigt man. Eine Art Diktatur besteht in jeder Volksgesamtheit; aber das Land sollte verstehen, daß unsere Diktatur parteiisch handelt, daß sie sich von persönlichen Rücksichten leiten läßt und nicht pro publico bono wirkt. Eine solche Diktatur hat keine Existenzberechtigung.

Siegmund v. Dziembowski.

Aus Nr. 152 des Goniec Wielkopolski (Posen)
vom 5. Juli 1908:

Politische Charaktere.

Von Herrn Theodor Bobowski erhalten
wir das nachstehende Schreiben:

Antwort für Herrn Szymanski vom Drendownik,
Seyda vom Kurjer und Konsorten.

Seit meinem Auftreten in den Versammlungen in Dpaleniza und Grätz hat der Drendownik in Gemeinschaft mit dem Kurjer begonnen, mich in so schmutziger, nichtswürdiger und ordinärer Weise anzugreifen, daß ich, wenn auch mit Widerwillen, genötigt bin, auf jene Angriffe zu antworten.

Im Drendownik und Kurjer vom 2. Juli ist geschrieben worden:

... „Aber abgesehen von Herrn v. Dziembowski! Eine traurigere Gestalt für die Volksbewegung ist ein solcher Herr Bobowski, bis vor kurzem ein großer Volksparteiler mit großem Munde von einem Ohre bis zum andern. Ein Nachbar weiß, wie es dem andern geht usw.“

Weiter schreibt der Drendownik von „Unkraut auf der Scholle der Volksbewegung“, von „moralischer Fäulnis“; der Kurjer aber von „Elementen ohne politischen Charakter“, „politischen Metamorphosen“ usw.

Ich werde darauf im Stile des Drendownik antworten:

„Eine traurigere Gestalt für die Volksbewegung ist ein solcher Herr Szymanski vom Drendownik.“

Weshalb? Gleich will ich es aufklären! Als man sich vor zehn und einigen Jahren nach Auflösung des deutschen Reichstages auf die Wahlen vorbereitete, fuhren wir, einige junge Volksparteiler, nach Instruktionen zu dem Herrn Häuptling Szymanski, dem damals noch selbständigen Besitzer des Drendownik. Der beehrte uns dahin, man müsse den Adel und die Geistlichen aus allen Ämtern ausrotten, sie von den Abgeordneten sesseln beseitigen, sie aus den Wahlkomitees vertreiben, — denn der Adel werde früher oder später zugrunde gehen, — um mit den Worten des Drendownik zu reden, „vor die Hunde gehen“, — die Geistlichen aber stünden unter dem Kommando des Erzbischofs, der es mit den großen Herren und den Versöhnungsparteilern halte. Auf dem Volke ruhe daher die ganze soziale und politische Arbeit. Weiter sagte uns der Häuptling, im Wahlkreise Koston müßten wir durchaus Herrn Cegielski beseitigen und einen Volksparteiler mit politischem Charakter aufstellen.

In der Tat wurde gegen die Kandidatur des Herrn Cegielski die des Herrn Szymanski vom Drendownik vorgezogen. Es war das der Anfang der Volksbewegung, und damals endete die Sache mit einer Niederlage. Die damalige Voraussage des Herrn Szymanski hat sich nicht erfüllt, da der Adel weder zugrunde, noch vor die Hunde gegangen ist.

Es kam anders, — denn siehe, Herr Szymanski, der den polnischen Adel ganze Jahre lang geschmäht und die Mittel- und niederen Volksklassen gegen ihn aufgehetzt hatte, hat vor höchstens zwei Jahren seinen Drendownik demselben polnischen Adel verkauft, und er ist in dessen Dienst getreten.

Als nach dem Tode des Abgeordneten v. Giebocki das Abgeordnetenmandat für Schrimm-Schroda vakant wurde, da entwickelte sich die Kandidatur des Abgeordneten Herrn Alfred v. Chlapowski. Eine halbe Stunde vor der Versammlung des Provinzialwahlkomitees, des Wahlkomitees und der Delegierten des genannten Wahlkreises hat in der Redaktion des Drendownik eine vertrauliche Beratung darüber stattgefunden, ob die Kandidatur des Herrn Chlapowski zu unterstützen oder zu verwerfen sei. Herr Szymanski erklärte damals in meiner Anwesenheit, er habe kein Vertrauen zu dem fortschrittlichen Adel, da dieser sich der Volksbewegung lediglich deswegen angeschlossen habe, um Abgeordnetenmandate zu erschnappen. Infolge dieser Äußerung stimmte auch Herr Anton Chlapowski aus Posen in der Sitzung des Provinzialwahlkomitees gegen die Kandidatur des Herrn Alfred v. Chlapowski.

Der politische Charakter des Herrn Szymanski ist schnell einer Änderung erlegen, denn in nicht allzulanger Zeit hat er Herrn Alfred v. Chlapowski zum Mitbesitzer des Drendownik gemacht.

Ist das nicht Unkraut auf der Scholle der Volksbewegung, moralische Fäulnis und Mangel an politischem Charakter?

Nur nach einer Richtung hin hat Herr Szymanski einen standhaften, wenn auch durchaus nicht rühmlichen

Charakter gezeigt, nämlich in dem Schleudern von Verleumdungen und Verdächtigungen gegen die geistliche Behörde und die polnische Geistlichkeit. Jahrelang hat er Unkraut gesät und die Seele des polnischen Volkes vergiftet, nach dieser Richtung hin jedoch keinen Erfolg davongetragen. An der Reife des Lebens sieht er, daß das Unkraut, das er gesät, nicht aufgegangen ist und die gesunde Pflanze nicht erstickt hat; er sieht, daß die, welche ihm jahrelang blind vertrauten, sich heute die Augen reiben, von ihm abrücken und der Vorlesung dafür danken, daß diese sie vor falschen Propheten behütet hat.

Soviel fürs erste, Herr Szymanski!

Mit dem Kurjer und Herrn Seyda will ich mich kurz fassen. Möge Herr Maryan Seyda erst unter dem Volke und für das Volk zehn und einige Jahre arbeiten und dann das Wort nehmen. Heute jedoch sollen solche Leute, die vor kurzem erst die Schulbank verlassen und die Redaktionsfeder ergriffen haben, die Hand von Leuten lassen, welche ganze Jahre der Volksache gedient und für sie ihre Gesundheit und ihre Habe geopfert haben. Lernet, erweist euch der Volksgesamtheit dienstbar, und dann erst laßt euch über „solche“ und „nichtsolche“ politische Gegner aus.

Ich erkläre schließlich, daß ich nicht mit der Volkspartei gebrochen habe, noch mich von ihr zurückziehen gedenke, — im Gegenteil, ich widme meine ganze berufsfreie Zeit der Organisation einer nationalen Partei, in welcher ebenso das Volk wie auch die übrigen Stände frei sein werden von Einflüssen, Machinationen und Intriguen heuchlerischer oder aufgeblähter Vormünder oder Führer.

Die Delegiertenversammlung und die Angelegenheit des Dr. v. Dziembowski, das sind hinreichende Anlässe, um endlich einmal mit der Heuchelei und Intrigue zu brechen und den Weg der Wahrheit und Gerechtigkeit zu betreten.

Posen, den 4. Juli 1908.

Theodor Bobowski.

Aus Nr. 152 des Dziennik Berliński (Berlin)
vom 5. Juli 1908:

In der am 28. Juni 08 in Grätz abgehaltenen Wählerversammlung hatte der Abgeordnete Dr. von Dziembowski auf die an ihn gerichtete Frage, weshalb er auf den unterm 17. 12. 07 vom „Dz. Berl.“ veröffentlichten „offenen Brief“ nichts erwidert habe, die Erklärung abgegeben, daß dies deshalb nicht geschehen sei, weil er in diesem Briefe als Volksverräter hingestellt worden sei.

Der „Dz. Berl.“ bemerkt hierzu im Anschlusse an die nochmalige Wiedergabe des „offenen Briefes“ folgendes:

„Wir fragen jeden rechtschaffenen Menschen, ob in dem obigen Schreiben auch nur ein Wort der Beleidigung gegen Dr. von Dziembowski enthalten ist, ob es ihn tatsächlich als Volksverräter brandmarkt? Jeder rechtschaffende Mensch wird zugeben, daß man einen Abgeordneten, der die Solidarität der Fraktion gebrochen hat, denn er ist gegen die ihm erteilten Anweisungen aufgetreten, in einer artigeren Form, wie es der „Dz. Berl.“ getan, gar nicht auftreten kann. Ganz unzweifelhaft haben wir in jenem Schriftsatze unserer ausdrücklichen Sympathie für Herrn von Dziembowski Ausdruck verliehen, und jeder kann daraus ersehen, daß uns lediglich das Verlangen, Herrn Dr. v. Dziembowski der Abgeordnetenhausfraktion zu erhalten, diesen Brief diktiert hat. Wie konnte Herr v. Dz. angesichts dessen behaupten: „Man hätte mir gegenüber die entsprechende

Form wahren müssen, dann hätte ich bereitwilligst sofort die ganze Angelegenheit öffentlich geklärt“?

Das ist ja schlimmer wie eine rechtsanwältliche Dreherei, denn wo ist hier um alles in der Welt eine Verletzung der Form? Uns wird übrigens Herr von Dz. parlamentarische Formen nicht beibringen.

Herr von Dz. hat daher in Grätz entweder in den Wind gesprochen, indem er darauf rechnete, daß daselbst niemand unseren offenen Brief gelesen hat, oder er ist von seinem Gedächtnis im Stiche gelassen worden; in diesem Falle kann man Herrn v. Dz. als einen Mann, der die Verantwortung für das trägt, was er sagt, nicht ernst nehmen, oder — was noch schlimmer ist: Herr v. Dz. hat wesentlich die Unwahrheit gesagt, um sich von der ihm vorgehaltenen Schuld reinzuwaschen; in diesem Falle aber müssen wir ihm jedwede politische Rechtschaffenheit absprechen. Er kannte sehr wohl unsere gegen ihn gehegten guten Intentionen, um deren willen unser „offener Brief“ geschrieben war, und trotzdem scheute er, der Wahrheit entgegen, nicht zurück zu behaupten, wir hätten ihn „schwer beleidigt“.

Aus dem amtlichen Tenor des Berichts der Untersuchungskommission geht hervor, daß Herr v. Dz. deshalb auf unseren „offenen Brief“ nicht geantwortet hat, weil er das nicht leugnen konnte, was er in der Kommission tatsächlich gesagt hat; er rehabilitiert sich deshalb mit Hilfe der Unwahrheit.

So lange Herr v. Dz. das nicht zurücknimmt, was er nach dem Goniec Wielkopolski geäußert, werden wir ihn als einen Menschen betrachten, dem es nicht nur an einem beständigen politischen Charakter, sondern auch an politischer Rechtschaffenheit mangelt.

Es ist uns sehr unangenehm, so etwas über ihn zu schreiben, er hat uns aber selbst dazu gezwungen.

Wir werden uns bemühen, daß die Versammlungsteilnehmer in Opaleniza, Grätz und Buk aus dem „Dz. Berl.“ erfahren, wie leichtfertig Herr v. Dz. mit der Wahrheit umgeht.“

Aus Nr. 153 des Dziennik Kujawski (Hohenjatzka)
vom 7. Juli 1908:

Aus den Tagen des deutschen Festes.

In unserer Stadt war es sehr laut, so laut, daß man des Nachts, namentlich vom Sonnabend zum Sonntag, nicht ruhig schlafen konnte. Fast auf jeder Straße konnte man das laute Geschrei der „fröhlichen“ Sänger hören. Stellenweise kann man noch kaum von einem Geschrei sprechen, denn es wäre schwer, diese Töne zu beschreiben.

Die hiesige Behörde, welche bei anderer Gelegenheit scharf auftritt, hörte diesmal nichts, und sie sah wohl auch nichts.

Die Deutschen werfen uns vor, daß man bei unseren Festlichkeiten stets Betrunkene sieht. Na, jeder Vorurteilsfreie konnte sich an den beiden Tagen überzeugen, daß dieser Vorwurf vor allen Dingen die Deutschen trifft. Das Bild, welches sich uns in den beiden Tagen darstellte, und namentlich an den Abenden, sprach ausdrücklicher von der Konsumierung zahlreicher Schoppen Bieres und anderer Getränke. Es fehlte auch nicht an Händeleien.

Am Sonntag früh gegen 4 Uhr lärmte ein gewisser Friseur in der Nikolaistraße, so sehr er nur konnte. Angefacht durch das Lärmen schlug er im Hause des Herrn Skolarinski eine Schaufensterscheibe ein. Dann ging er in seiner Stimmung vor das Vikariat, schrie, schimpfte auf die Geistlichen und schlug schließlich eine Scheibe ein. Ein Geistlicher, der schon

auf den Beinen war, ergriff den diktuerischen Jüngling, rief den Kirchendiener herbei und ließ den Schreier der Polizei überliefern. Wir meinen, daß ihn die entsprechende Strafe dafür treffen wird.

Übrigens steht dieser Vorfall nicht vereinzelt da. Vor kurzer Zeit schrien zwei betrunkene Deutsche ebenfalls vor dem Vikariate und zerstörten in ihrer Raserei das Kirchhofstor an der St. Nikolauskirche.

Zu den deutschen Tagen zurückkehrend, müssen wir bemerken, daß unser Publikum im allgemeinen den entsprechenden nationalen Takt bewahrte. Ausnahmen gab es wohl, sie betrafen die Restaurateure, denen man die Ausschmückung antefohlen bzw. aufgedrungen hatte.

Unnötigerweise gafften jedoch viele dem Aufzuge, welcher das deutsche Lied illustrierte, zu.

Aus Nr. 145 des Dziennik Kujawski (Hohensalza)
vom 26. Juni 1908:

Aus der preußischen Schule.

Schon wieder haben wir schmerzliche Tatsachen aus der preußischen Schule zu notieren.

In Schadowitz versetzte der Lehrer Schwemin (er soll Pole sein) am vergangenen Dienstag, dem 13jährigen Franz Koczorowski, Schüler der I. Klasse, 20 Schläge auf die flache Hand und 7 auf das Gesicht. Der Knabe, den wir am Nachmittage sahen, hatte auf den Händen zahlreiche dicke, blaue und grüne Zeichen. Beim Berühren empfand er heftige Schmerzen, von Zeit zu Zeit hatte er Nervenzuckungen in der Hand. Auf dem Gesicht befanden sich neun Kennzeichen, die ausdrücklich davon zeugten, daß die Schläge mit entsprechender Heftigkeit geführt sein mußten.

Der Knabe, der nicht zum ersten Male körperlich geprügelt wurde, hat, wie man uns erzählte, eine ungeheure Angst vor der Schule — und zwar wegen der Schläge, die seiner warten.

Derselbe Lehrer versetzte gestern (am Mittwoch) dem 10jährigen Schüler Nowakowski 10 Schläge auf das Gesicht. Der schwächliche Knabe empfand heftige Schmerzen; wie der Arzt konstatierte, war auch in diesem Falle das Züchtigungsrecht überschritten. Der Grund der Strafe war, wie man uns erzählte, der, daß der Knabe, der zwei Aufgaben aus der Geschichte auf hatte, eine dritte Aufgabe, die nicht aufgegeben war, nicht auswendig konnte.

Der Arzt empfahl dreiwöchentliche Ruhe und entsprechende Heilung.

Einen dritten Fall haben wir in Slabencinek zu notieren. Auch der dortige Lehrer strafte am vergangenen Sonnabend, dem 20. d. Mts., den Knaben Franz Kraczynski so sehr, daß er sich, kaum nach Hause zurückgekehrt, sofort zu Bett begeben mußte. Wir sahen uns den Jungen am Dienstag an; er mußte noch das Bett hüten. Auf dem Gesicht und Rücken waren zahlreiche blaue Kennzeichen. Der magere und schwache Junge konnte nicht auf dem Stuhle sitzen. Die Mutter erzählte uns, der Knabe wache seit Sonnabend des Nachts oft auf, und zwar machten sich dabei Zeichen der Furcht bemerkbar.

Hier muß hervorgehoben werden, daß die Mutter erzählt hat, die älteren Kinder, die früher die Schule in Hohensalza besucht hätten, seien gern zum Unterricht gegangen — in Slabencinek sei die Furcht vor der Schule groß bei ihnen.

Wir bringen nur die nackten Tatsachen. Sie sprechen für sich selbst. Schließlich steht unsere Meinung in dieser Angelegenheit fest.

Wir wissen nur nicht, ob die betreffenden Pädagogen den Ministerialerlaß kennen, in dem der Unterrichtsminister sagt, man solle die Kinder nicht körperlich züchtigen, falls aber eine Ursache dazu vorliege, sollten die Gründe für die Strafe und die Zahl der Schläge ins Klassenbuch eingetragen werden. Wir sind neugierig, ob in den Klassenbüchern der betreffenden Schulen diese Strafen eingetragen sind, wir sind auch ferner neugierig, ob die hiesigen Lehrer überhaupt das Ministerialreskript kennen, wenn sie Strafen austeilen, die in ihren Folgen so schädlich sind. Wir bringen diese Vorfälle zur Kenntnis der preußischen Schulbehörden.

Außerdem geben wir sie der Öffentlichkeit bekannt, damit die Welt davon erführe, welche Vorkommnisse das polnische Kind in der preußischen Schule erwarten könne.

Es unterliegt außerdem keinem Zweifel, daß das die betreffenden Lehrer belastende Material entsprechende Verwendung finden wird.

Hier noch eins. Über den Lehrer in Schadowitz, Herrn Schwemin, haben wir hinsichtlich der Art der Behandlung der Schulkinder von verschiedenen Seiten Klagen vernommen.

Aus Nr. 80 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 4. Juli 1908:

Aus dem Kreise Schroda wird uns über sehr schlechte Arbeitsverhältnisse der Leute auf dem Gute Jwno Mitteilung gemacht, und namentlich auf den Vorwerken Jwno, Wiktrowo, Chorzalki, Buschtowice, Sanniki, Siedlec und Falkenrode. Wir können es nicht glauben, daß die Menschenkraft so ausgenutzt werden solle, wie uns geschrieben wird. Deshalb veröffentlichen wir auch die Korrespondenz vorläufig nicht. Vielleicht möchte uns jemand von den genannten Vorwerken mitteilen, unter welchen Bedingungen die Leute dort arbeiten, wie lange der Arbeitstag dauert usw. usw.?

Aus West- und Ostpreußen.

Aus Nr. 77 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 27. Juni 1908:

Die Delegiertenversammlung der Volksvereine

findet am Mittwoch, den 15. Juli d. J. nachmittags 2 Uhr zu Stargard im Saale des Herrn Budn statt. Die Bahnverbindung ist sehr günstig, so daß sich die Delegierten aus der Löbauer, Strazburger und Thorner Gegend sowie aus der Kassubei vollständig einfinden können.

Tagesordnung:

1. Eröffnung und Bureauwahl;
2. Prüfung der Legitimationen der Delegierten;
3. Bericht des Patrons;
4. Bericht des Schriftführers und Kassierers;
5. Angelegenheit betreffend die Vereine, die den Verbandsbeitrag nicht gezahlt haben;
6. Verbandsliederbuch;
7. Dezentralisierung des Verbandes;
8. Begräbniskasse;
9. Das neue Sprachengesetz;
10. Verschiedenes.

Das gemeinsame Mittagessen findet um 12 $\frac{1}{2}$ Uhr statt; Anmeldungen zu diesem Essen nimmt der Baumeister Herr N. Jezewski in Stargard bis zum 10. Juli entgegen, ebenso Anmeldungen zur Übernachtung.

Ich erinnere daran, daß jeder Verein das Recht hat, einen Delegierten zu senden, und jeder mehr als hundert Mitglieder zählende Verein für jedes Hundert einen besonderen Delegierten. Der Vereinsvorstand ist verpflichtet, eine schriftliche Legitimation für den Delegierten auszustellen. Der Delegierte reist auf Kosten der Vereinskasse.

Gark, den 23. Juni 1908.

Geistlicher Kupczynski,
Patron.

Aus Nr. 79 des Pielgrzym (Pelplin)
vom 2. Juli 1908:

Fürchtet euch nicht vor der Enteignung.

Wir haben schon mitgeteilt, daß in einem Kreise des Großherzogtums Posen die Distriktskommissare Formulare an die polnischen Besitzer versandt haben, in dem sie die Größe ihrer Güter und die Preise angeben sollten, die sie dafür fordern würden usw.

Einige Zeitungen haben geschrieben, daß sie darin die erste Vorbereitung zur Enteignung erblickten. Vorläufig ist nicht bekannt, zu welchem Zwecke die Formulare verschickt worden sind. In jedem Falle unterliegt es aber keinem Zweifel, daß diese Angelegenheit mit der Ansiedlungskommission bzw. mit dem Enteignungsgesetz in Verbindung steht.

Es ist leicht möglich, daß die Ansiedlungskommission aus diesen Formularen erfahren will, welches Grundstück sich am besten zur Enteignung eignet, oder auch, was für uns noch viel schlimmer wäre, ob nicht einer der polnischen Besitzer Lust haben wird, sein Gut zu verkaufen, um auf diese Weise das Enteignungswerk leichter und schneller durchführen zu können. Schon der Gedanke, daß sich Polen finden könnten, denen die Enteignung gelegen käme, ist sehr schrecklich, aber man muß annehmen und sogar damit rechnen, daß sich auch solche Elemente unter uns finden werden.

Das wäre geradezu ein nationales Verbrechen, und solche Leute müßte die polnische Volksgesamtheit mit Verachtung von sich stoßen. Das wäre eine nicht minder schändliche Handlung, als seinen Grund und Boden freiwillig in die Hand der Feinde oder der Ansiedlungskommission zu geben.

Diejenigen, die solche Formulare erhalten, tun am besten, wenn sie sie verbrennen und keine Antwort darauf erteilen. Denn es wäre doch geradezu lächerlich, wenn unsere Besitzer irgend jemandem den Wert ihres Grund und Bodens und im allgemeinen alle diejenigen Tätigkeiten und Heimlichkeiten anvertrauen sollten, die auf ihrem Grundstück lasten. Unsere Feinde rechnen bestimmt darauf, daß die Polen dem betreffenden Formulare nichts Böses zuschreiben und es aus einfacher Nachgiebigkeit gegenüber den Behörden ausfüllen und absenden werden. Da angenommen werden muß, daß auch in anderen Kreisen solche Formulare verschickt werden, so machen wir ausdrücklich darauf aufmerksam: Niemand kann euch dazu zwingen; eure Pflicht ist es, auf die erwähnten Formulare überhaupt nicht zu antworten. Hinsichtlich der Enteignungsangelegenheit muß allgemein bemerkt werden, daß sich unser Volk wie bisher Ruhe und Überlegung bewahren müsse. Um Gottes willen aber nicht seinen Grund und Boden freiwillig verkaufen, sondern ihn bearbeiten, ruhig weiter wirtschaften und geduldig abwarten, was die Zukunft bringt.

Namentlich jetzt angesichts des Enteignungsgesetzes laßt die doppelte Pflicht auf uns, an unserem väterländischen Grund und Boden festzuhalten und immer mehr neuen Grund und Boden zu erwerben. Ein Verräther der katholischen Kirche und des polnischen Volkes ist derjenige, der heute freiwillig seinen Grund und Boden den Händen der Feinde überliefert. Es ist doch bekannt, daß die Ansiedlungskommission unsere polnischen Landesteile nicht nur germanisieren, sondern auch lutheranisieren soll, was wir schon mehrfach durch Beispiele bewiesen haben.

Daher Achtung, Landsleute! Fürchtet euch vor nichts, fürchtet euch nicht vor dem Gespenst der Enteignung, sondern haltet euren Grund und Boden fest und bestellet weiter euren väterlichen Acker!

Vor allen Dingen nehmt euch vor den Agenten in acht, die euch betören und beunruhigen wollen. Wenn ein solcher Agent in eure Hütte kommen und euch zum Verkauf des Grundes und Bodens bereden sollte, so zeigt ihm, wo der Zimmermann das Loch gelassen hat.

Die Bewahrung kalten Blutes und der Sicherheit gibt uns die Handhabe, daß uns auch das Enteignungsgesetz, wiewohl es schrecklich ist, nicht brechen und vernichten wird, wie es unsere Feinde wünschen.

Aus Nr. 79 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 2. Juli 1908:

Kulm.

Gegenwärtig werden an die altgedienten Soldaten Mobilmachungsbefehle versandt und selbstverständlich ohne Unterschied der Nationalität. Vielleicht wird man im Bedarfsfalle sogar den Militärkapellen, wie es im französischen Kriege gewesen war, wieder erlauben „Jeszcze Polska nie zginela“ (Noch ist Polen nicht verloren) zu spielen. Darauf folgt natürlich wiederum das Verbot des Singens polnischer Nationallieder im Lande!

Aus Nr. 79 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 2. Juli 1908:

Für die **Parochie Szczuka** und Umgegend ist der Wirt Herr Johann Karzki aus Szczuka zum Strasskommissar und Kassierer gewählt worden. — Ich bitte die dortigen Landsleute und Landsmännchen, sich an den Genannten wegen Informationen und Legitimationsbücher des Strassvereins zu wenden.
Vol. Wardzki, Kreisstarost.

Aus Nr. 79 der Gazeta Gdańska (Danzig)
vom 2. Juli 1908:

Groß-Trompfen.

Ich teile mit, daß, als sich hier das Gerücht verbreitet hatte, daß Herr Propst Herbst die Absicht hat, uns zu verlassen, sehr viele Parochianen ihn dieserhalb zur Rede gestellt haben. Propst Herbst bestreitet das aber, und seinen Worten ist zu entnehmen, daß er für immer bei uns bleiben will.

Es ist wahr, daß er die Kinder verdeutscht. Wenn die Eltern polnischen Unterricht verlangen, dann erklärt er, daß die Kinder in der polnischen Sprache nichts verstehen und daß in der deutschen Sprache alles besser gehe. Angeblich bemüht sich Propst Herbst bei dem Herrn Bischof um die Erlaubnis zur Einführung

deutscher Andachten jeden zweiten Sonntag. Als Grund führt er an, daß alle Kinder in deutscher Sprache alles gut verstehen, während sie die polnische Sprache nicht mehr geläufig beherrschten.

In letzter Zeit soll er sich etwas geändert haben, denn er hat erfahren, daß die Polen aus Elganowo anderswo Messen bestellen, wodurch sowohl der Herr Propst wie der Organist Schaden erleiden.

Aus Nr. 80 des Pielgrzym (Pielplin)
vom 4. Juli 1908:

Tuchel.

Die Marienburger Regierung hat dem Vikar Meltermann verboten, an der hiesigen Knabenschule Religionsunterricht zu erteilen. Die Ursache des Verbotes ist, daß Herr Vikar Meltermann in einem an den hiesigen Kreisschulinspektor gerichteten Briefe seine Unzufriedenheit darüber ausgedrückt hat, daß er als Katholik sich bei den Wahlen auf die Seite der Gegner des Zentrums gestellt hat.

Aus Nr. 80 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 4. Juli 1908:

Kozłowo, Kr. Graudenz, am 30. 6. 08.

Bei uns befinden sich leider schon viele Grundstücke in fremden Händen. Und so besitzen die Deutschen schon die Wirtschaften der Herren Stempski, Zagromski, Krause, Mosakowski usw. Und jetzt sagt auch Herr Johann Kruszewski, daß, wenn sich kein Pole trifft, er sein Grundstück einem Deutschen oder Juden verkaufen werde, denn ihm sei es ganz egal. Er hat acht Morgen Land, Dorf, viel Obst und das Gebäude ist fast neu. Bis zur Kirche und zur Schule sind es nur zehn Minuten. Kruszewski hat dieses Grundstück von seinem Vater und dieser wieder von seinem Vater geerbt. Sollte es denn für Herrn Kruszewski nicht schmerzlich sein, sich von seinem väterlichen Erbe zu trennen und es noch fremden, uns feindlichen Händen zu überliefern? Er hält doch die Gazeta Grudziadzka, und wenn er sie liest, dann müßte er doch gut wissen, was für ein Unrecht das für uns sowohl in nationaler als auch in religiöser Beziehung wäre. Möchte er doch diesen Schritt nicht tun, damit er ihn nicht zu bedauern brauche, wenn es schon zu spät ist. Und wenn er schon durchaus verkaufen will, dann wird sich doch wohl irgend ein Pole finden, der sein Grundstück kauft. Das kann im Interesse unserer heiligen Sache nur dringend gewünscht werden!

Aus Nr. 80 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 4. Juli 1908:

Aus Zuckau

klagt ein Volksgenosse darüber, daß dort viele polnische Parochianen den deutschen Gottesdienst besuchen. Das ist nicht nur nicht erforderlich, sondern sogar geradezu schädlich. Die Deutschen könnten nämlich Lust bekommen, die Zahl der deutschen Andachten zu vermehren. Und wenn es dazu kommen sollte, dann wären die polnischen Parochianen selbst daran schuld.

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 80 des Katolik (Beuthen D.-Schl.)
vom 4. Juli 1908:

An die Wähler des Wahlkreises Beuthen-Tarnowitz.

Den braven Wählern, die meine Kandidatur mannhaft und kraftvoll unterstützt und mich zu ihrem Vertreter im Landtag gewählt haben, drücke ich hiermit meinen aufrichtigsten Dank aus. Obgleich ich nicht in diesem Kreise wohne, so werde ich dennoch nach besten Kräften für die Interessen sowohl meines Wahlkreises, als auch des ganzen Volkes eintreten.

Edwin Graf Hendel von Donnersmarck
aus Komotkwitz.

Aus Nr. 155 des Kurjer Śląski (Kattowitz)
vom 9. Juli 1908:

Graf Hendel von Donnersmarck,

der jetzt zum Zentrumsabgeordneten in den preussischen Landtag mit Hilfe der Polen gewählt worden ist, dankt im Katolik allen denen, die seine Wahl unterstützt haben, und er verspricht, nach Kräften die Interessen seines Wahlkreises und der ganzen Bevölkerung zu verteidigen. Hafatistische Blätter erinnern den Grafen Hendel an einen Brief, den er am 7. Januar 1907 an den Vorstand des Beuthener „Ostmarkenvereins“ gerichtet hat. Wir erinnern daran, daß damals Herr Graf Hendel Zentrums-kandidat für den Reichstag gegen den polnischen Kandidaten Herrn Napieralski war. Das damalige Schreiben lautete:

„Die großpolnische Bewegung halte ich geradezu für ein nationales Unglück. Die Bewegung ist angefaßt von ausländischen Agitatoren, die das Volk gegen jede Autorität, sei es die staatliche oder die kirchliche, aufwiegeln, dasselbe in die Arme der gefährlichsten Sozialdemokratie, nämlich der polnischen, treiben.“

Wenn das die Ansicht des Grafen Hendel über unsere nationale Bewegung ist, und diese Anhänger — Gott sei Dank — 90 % unserer polnischen Bevölkerung sind, so verstehen wir wirklich nicht recht, wie sich Graf Hendel so vergessen und ein Mandat von den Anhängern dieser nationalen Bewegung durch die Gnade der großpolnischen Agitatoren, wie Napieralski, Korsantj usw. annehmen konnte. Wir können auch schwer verstehen, wie Graf Hendel mit der im Vorstehenden bezeichneten Anschauung über die polnische Frage die Verteidigung der Interessen der polnischen Bevölkerung in Einklang bringen will, die er im Katolik verspricht. Vielleicht war seine den Beuthener Hafatisten abgegebene Erklärung nur ein Wahlmanöver, um die Stimmen der Hafatisten gegen den polnischen Kandidaten zu gewinnen? In diesem Falle war das Manöver sehr ungeschickt.

Von uns können wir nur hinzufügen, daß die ober-schlesischen Zentrumsleute in der Wahl ihrer Kandidaten keine allzu glückliche Hand hatten. Für glücklich können wir nämlich z. B. die Kandidatur des Grafen Hendel in dem Zehntausende Arbeiter zählenden Wahlkreis nicht halten. Die ober-schlesischen Zentrumsleute sollten zu ihren politischen Freunden in Westfalen und im Rheinland in die Lehre gehen, wo das Zentrum in den Industriebezirken stets dem Arbeitervolke genehme und nahestehende Kandidaten aufstellt. Hervorragende Zentrumsleute haben uns erklärt, sie hätten nicht nur nicht den Mut, Arbeitern Grafen als Abgeordneten zu präsentieren, sondern ein solcher Gedanke sei nicht einmal jemandem in den Sinn gekommen.

Aus Nr. 154 des Kurjer Ślaski (Kattowitz)
vom 8. Juli 1908:

Geistlicher Rat Schmidt und das hafatistische Sängerfest in Kattowitz.

Sonntag vor einer Woche veranstalteten die deutschen Gesangsvereine Oberschlesiens in Kattowitz eine Zusammenrottung mit hafatistischer Färbung. Nebenbei bemerken wir, daß diese Zusammenrottung keineswegs glänzend ausgefallen ist. Die Kattowitzer Bürger schmückten trotz ergangener Aufforderungen mit wenigen Ausnahmen die Stadt nicht aus, und dieses Bollwerk des obereschlesischen Hafatismus zierten nur diejenigen Dekorationen, welche die Stadt aus eigener Tasche bezahlt hat. Zu solchen hafatistischen Jubelfeiern wird das Geld der Bürger hinausgeworfen, die hohe Steuern zahlen müssen.

Auch im übrigen ist die Zusammenrottung nicht gelungen, denn die Tribüne vor dem hafatistischen Theater stürzte ein, die Halle im städtischen Park war nicht vollendet und ähnelte eher einer verlassenen Scheune, als einer Festhalle.

Der Verlauf dieses ganzen Festes war, wie es sich gezeigt hat, gegen die polnische Bevölkerung gerichtet. Alle Gesänge und Ansprachen richteten sich gegen die Polen und die angebliche großpolnische Agitation. Davon schrieben beide deutsche Lokalblätter.

Vor der Veranstaltung des Festes hatte sich der bekannte Kattowitzer Oberhafatist Bergrat Knochenhauer an mehrere hervorragende Bürger der Stadt mit der Bitte gewandt, einen sogenannten Festausschuß zu bilden, unter anderem ersuchte er auch Herrn Erzpriester Schmidt, den Ortspfarrer, dem Ausschuß beizutreten. Da Geistlicher Rat Schmidt voraussah, daß es sich um eine hafatistische Heze handelt, und dies aus dem Schreiben des Herrn Knochenhauer schloß, verweigerte er seine Unterschrift unter einen Aufruf des Ausschußes und trat ihm nicht bei. Geistlicher Rat Schmidt handelte so, wie es einem katholischen Priester ziemt, er bewahrte Unparteilichkeit, weil er die nationalen Gefühle nicht bloß seiner polnischen Parochianen, sondern der ganzen polnischen Bevölkerung Oberschlesiens achten wollte. Als katholischer Geistlicher konnte er überhaupt nicht anders handeln, denn wir alle wissen genau, daß die hafatistische Politik nicht bloß die Germanisierung, sondern auch die Protestantisierung der polnischen Bevölkerung anstrebt. Kein katholischer Geistlicher kann und darf an eine solche Arbeit Hand anlegen. Herrn Knochenhauer antwortete Geistlicher Rat Schmidt wie folgt!

Kattowitz, den 5. Juli 1908.

Sehr geehrter Herr Bergrat!

Ich bedauere sehr, dem Ehrenausschuß nicht beitreten zu können, weil ich mich aus Ihrem Schreiben überzeugt habe, daß die Gesangeskunst auch bei diesem Feste zu politischen Zwecken verwendet werden soll.

Hochachtungsvoll ergebenst
Schmidt.

Auf dieses Schreiben antwortete Herr Knochenhauer nach den Landtagswahlen so, wie man es von einem Hafatisten erwarten konnte. Seine Antwort strotzt vor Unmaßung, Freiheit, hafatistischem Hochmut und Unhöflichkeit. Offenbar war der Herr Oberhafatist infolge des Wahlergebnisses und der Niederlage des Hafatismus in Oberschlesien im hohen Grade erregt. Herrn Knochenhauers Antwort lautet:

Er. Hochwürden
Herrn Geistlichen Rat Schmidt

hier.

Ich bestätige den Empfang Ihres Schreibens vom
5. d. M.

Ich befand mich auf Reisen und war mit Berufspflichtigen so beschäftigt, daß ich erst heute auf Ihr Schreiben erwidern kann.

Ich muß gestehen, selten einmal so erstaunt gewesen zu sein, wie beim Lesen Ihres Schreibens. Für mich ist es immer selbstverständlich, daß die Pflege des Deutschtums Pflicht jedes Deutschen ist, die er dort erfüllen muß, wo es notwendig ist. Daß diese Notwendigkeit in hohem Grade in Oberschlesien besteht, dazu bedarf es keiner Beweise. Für mich versteht es sich ferner von selbst, daß unsere Gesangsvereine nicht internationalen oder gar polnischen Gesang pflegen können, sondern nur deutschen Gesang.

Bis zur Absendung meines Schreibens vom 1. Mai an Euer Hochwürden hielt ich Sie für einen echt deutschen Mann. Es tut mir leid, mich in diesem Punkte getäuscht zu haben.

Hochachtungsvoll
ergebenst
Knochenhauer.

Auf diesen unverschämten und frechen Brief ertheilte Herr Geistlicher Rat Schmidt Herrn Knochenhauer keine Antwort. Die Nichtbeantwortung ist gleichfalls eine sehr deutliche Antwort. Herr Rat Schmidt wird sich höchstens freuen, daß sich der Oberhafatist Knochenhauer in ihm getäuscht hat.

Jedenfalls waren die Mutmaßungen des Herrn Geistlichen Rats begründet, denn der Verlauf des Festes war durch und durch hafatistisch. Die Kattowitzer Zeitung ist auf den Herrn Erzpriester Schmidt sehr ungnädig, und sie sucht ihm zuzusehen, indem sie ihn als Polen hinstellt. Sie schreibt, daß sogar Herr Kardinal Ropp geruht habe, die Festbrochüre entgegenzunehmen, und er habe für sie in einem Handschreiben gedankt. Herr Kardinal Ropp kennt erstens unsere Verhältnisse nicht, und zweitens hat er die Brochüre nicht gelesen, denn er hätte viel zu tun, wenn er jede Brochüre lesen sollte, die ihm überhandt wird. Als wohl erzogener Mensch hat er für Übersendung der Brochüre gedankt. Wenn er den Zweck und das Streben dieser hafatistischen Zusammenkünfte kennen würde, würde er sicherlich nicht anders handeln, als Herr Geistlicher Rat Schmidt. Ebenso gleichgültig ist es, daß sich einige katholische Geistliche auf dem Festplatz befanden. Entweder verirrtten sie sich dorthin, weil sie nicht wußten, worum es sich handelt, oder es waren dies Geistliche wie Herr Raffet, der erklärte Anhänger der hafatistischen Politik.

Aus Nr. 152 des Kurjer Ślaski (Kattowitz)
vom 5. Juli 1908:

Unsere kirchlichen Verhältnisse.

Von Herrn Pfarrer Wajda, dem Reichstagsabgeordneten für Pleß-Rybnitz, erhalten wir in Sachen der Germanisierung in der Kirche zu Zawadzki nachstehendes Schreiben, welches wir wörtlich abdrucken:

Keltisch, den 2. Juli 1908.

Veranlaßt durch die Korrespondenz in Nr. 46 des Polak, die zugleich eine scharfe Kritik meiner Person enthielt, überbandte ich sofort eine Berichtigung, indem ich — nötigenfalls — dem polnischen Volke weitere Erklärungen unserer hiesigen Kirchenverhältnisse und insbesondere der Germanisierung in Zawadzki zusagte; die ursprüngliche aus Zawadzki gebrachte Korrespondenz berichtige ich aber soweit, daß bei der fraglichen Feier der Kirchengesang lateinisch, deutsch und ganz zuletzt polnisch war.

In der Parochie Keltisch, in welche ich vor 23 Jahren von dem verstorbenen Herrn Fürstbischof Herzog

als Administrator berufen wurde, entstanden neben der seit jeher bestehenden Parochialkirche in Keltſch 2 neue Kirchen, in Sandowiz, und später in Zawadzki, die beide — fast ausschließlich — auf Kosten des verstorbenen Herrn Bischofs Herzog und Seiner Eminenz des gegenwärtigen Herrn Kardinals erbaut wurden.

Seitdem 3 Kirchen in der Parochie bestanden, war ich natürlich allein nicht imstande, die seelsorglichen Pflichten zu bewältigen, es wurde mir daher ein Hilfskaplan und zwar direkt nach Zawadzki geschickt, weil sich die dortige Hütte verpflichtet hatte, zu seinem Unterhalt jährlich 750 Mark beizusteuern, leider unter der Bedingung, daß dieser Kaplan die Germanisierung in der Kirche fördern werde, was ich erst später erfuhr. Der berufene Geistliche, natürlich ein geborener Deutscher, im übrigen keineswegs ein Hafatist, vielmehr ein durchaus braver Priester, der allgemein Lokalkaplan oder Kuratus tituliert wird, glaubte berechtigt zu sein, unter Übergehung seines Pfarrers eigenmächtig Andachten einzuführen, zumal die Kirche in Zawadzki in Bälde eine besondere Parochie bilden sollte, dem ich mich jedoch auf Bitten vieler dortigen Parochianen widersetzt habe und bis jetzt widerseze.

Solange sich der Herr Kaplan in Zawadzki noch einigermaßen abhängig vom Keltſcher Pfarrer fühlt, nimmt er natürlich auf mich und meine Wünsche Rücksicht, indes will und kann er nicht völlig mit denen brechen, die zu seinem Unterhalt beisteuern. Trotz alledem sind die dortigen Verhältnisse noch nicht derartig, wie sie wären, wenn ich der Abzweigung Zawadzki von Keltſch zustimmen würde.

Daß aber ein katholischer Priester, der ein Abgeordneter des polnischen Volkes ist, die polnische Sprache und das Polentum überhaupt bis zum äußersten verteidigt, das wissen meine Parochianen wohl, sogar die in Zawadzki, und so denken sie auch an eine Lostrennung von Keltſch nicht.

J. Wajda, Pfarrer.

Das Schreiben des verehrten Herrn Pfarrers und Abgeordneten Wajda entrollt ein äußerst düsteres Bild unserer kirchlichen Verhältnisse. Die Parochianen aus Zawadzki können wir nur anfeuern, ihre Beschwerden ihrem Herrn Pfarrer weiter vorzutragen, und zwar am besten in der Weise, daß sie eine Deputation wählen, die im Namen des ganzen Zawadzki gegen die Unbilden protestieren wird, die dem polnisch-katholischen Volke in Zawadzki widerfahren.

In dem Schreiben des Herrn Pfarrers Wajda schmerzt uns am meisten ein Abschnitt und zwar derjenige, in welchem er schreibt, daß sich die Grubenverwaltung — natürlich ohne sein Wissen — verpflichtet hat, zum Unterhalt des Lokalkaplans 750 Mark unter der Bedingung beizusteuern, daß dieser die Germanisierung in der Kirche fördern werde. Wenn der Herr Kaplan in Zawadzki diese Bedingung kannte und sich mit ihr einverstanden erklärte, so hätte er sich nach der Lehre und dem Recht der Kirche des Verbrechens der Simonie schuldig gemacht, das ist: er hätte heilige Sachen für zeitliche Güter verkauft. Wenn der Herr Kaplan oder die höhere geistliche Behörde diese Bedingung erfahren haben, so müssen sie in dieser für jeden Katholiken überaus peinlichen Angelegenheit das Wort ergreifen und dem katholischen Volk die Sache aufklären und beleuchten.

Es ist uns unangenehm, von dieser Sache schreiben zu müssen, aber diese Aufklärung ist zum Wohle der katholischen Sache und unserer Kirche notwendig. Jetzt hat der Herr Kaplan in Zawadzki das Wort.

Aus Nr. 155 des Kurjer Ślaski (Kattowitz)
vom 9. Juli 1907.

Hafatistische Schulpolitik.

Bekanntlich gehört nach dem neuen preussischen Schulunterhaltungsgeſetz der Ortſparrer von Amte wegen dem Schulvorstand an. Die Regierung kann ihn nur dann übergehen, wenn sie ihn für ungeeignet hält, und wenn der Bischof in diese Beseitigung einwilligt. Wir schreiben schon, daß der Landrat im Kreise Oppeln verschiedene Pfarrer aus den Kirchenvorständen zu entfernen suchte, offenbar deshalb, weil sie zu Gunsten der Kompromißkandidaten agitiert hätten.

Ebenso sucht die Regierung polnische Geistliche aus Schulämter zu entfernen. In der Parochie Keltſch müßte zu den Schulvorständen der Gemeinden Keltſch, Zawadzki und Sandowiz Herr Pfarrer Wajda als Ortſparrer von Amte wegen gehören. Die Regierung will ihn von diesen Vorständen ausschließen, und sie hat sich in dieser Angelegenheit mit dem Herrn Kardinal Kopp als der vorgeſetzten Kirchenbehörde ins Einvernehmen geſetzt. In dieser Angelegenheit überſandte der Landrat von Groß-Strehliß Herrn Geistlichem Rat Lebek in Wiſchütz ein Schreiben, welches folgenden Abschnitt enthält:

„Ferner habe ich Euer Hochwürden im Namen der Königlich Regierung mitzuteilen, daß sich diese mit dem Herrn Kardinal-Fürstbischof in Breslau darüber verständigt hat, daß sich Pfarrer Wajda in Keltſch, Zawadzki und Sandowiz für dieses Amt nicht eignet, und daß die Übernahme dieser Ämter durch Euer Hochwürden erwünscht sei.“

Wir sind der Ansicht, daß sich kein Geistlicher von der Regierung dazu gebrauchen lassen sollte, Herr Pfarrer Wajda aus den Schulvorständen zu verdrängen; kein benachbarter Geistliche dürfte den Schulvorständen der Parochie Keltſch beitreten, ohne die Solidarität des Priesterstandes brechen zu wollen und ohne sich den Vorwurf zuzuziehen, daß er die hafatistische Politik unterstütze.

Es verwundert, daß Herr Kardinal Kopp, der doch mit der preussischen Regierung und mit ihrer Politik so traurige Erfahrungen gemacht hat, sich mit ihr hinsichtlich der Beseitigung des Herrn Pfarrers Wajda aus den Schulvorständen verständigt hat. Der diesen Punkt betreffende Abschnitt aus dem Schreiben des Landrats lautet wörtlich:

.... daß dieselbe (die Regierung) ein Einvernehmen mit dem Herrn Kardinal-Fürstbischof zu Breslau dahin erzielt hat, daß der nach dem Geſetz für die Schulvorstände von Keltſch, Sandowiz und Zawadzki zunächst zuständige Pfarrer Wajda in Keltſch als Schulvorstandsmitglied nicht geeignet ist....

Wir enthalten uns jedes Kommentars.

Aus Nr. 154 des Kurjer Ślaski (Kattowitz)
vom 8. Juli 1908:

Die oberſchleſiſchen Kapitalisten und die Krankenkassen.

Die oberſchleſiſchen Arbeiter beklagen sich schon seit langem über die mangelhafte Einrichtung der heutigen Krankenkassen, namentlich über die Art und Weise der Anstellung der Kassenärzte und über die Behandlung der Kranken. Ungezählt sind die Fälle, in denen die von den Kapitalisten angestellten Kassenärzte, statt die Arbeiter zu kurieren, ihnen den Rest des Lebens durch das Verhalten, welches sie ihnen gegenüber einnehmen, geradezu vergiften. In der Hand

des Kassenarztes ruht das Leben und die Gesundheit der Arbeiter. Es kommt vor, daß der elend gewordene Arbeiter durchaus der Erholung bedarf und ins Krankenhaus geht, damit sich bei ihm infolge der übermäßigen Erschöpfung der Kräfte nicht eine tödliche Krankheit entwickle. Kaum bringt er aber einige Tage im Krankenhaus zu, so erklärt der Arzt, der Arbeiter sei gesund, er könne arbeiten, und er treibt ihn aus dem Krankenhaus hinaus. Vom Hunger gezwungen geht der Arbeiter in die Arbeit, er sinkt infolge der Überanstrengung seiner Kräfte zusammen und geht als bedauernswertes Opfer der schändlichen kapitalistischen Ausbeutung zugrunde. Dieses Opfer zieht weitere Opfer nach sich, denn die oft zahlreiche unerwachsene Nachkommenschaft des Verstorbenen muß jahrelang in größter Not leben, sie verkümmert und wird fürs ganze Leben unglücklich. Ein alter Arbeiter wiederum, der kaum auf den Füßen zu stehen vermag, möchte wenigstens einige Augenblicke von den langjährigen Strapazen ausruhen und bittet, ihn zu pensionieren. Abermals der Kassenarzt ist es, der ihn dazu zwingt, bis an den Grabesrand dem Kapitalisten zu dienen. Der Arzt der Krankenkasse ist zugleich der Arzt der Invalidenkasse. Wenn er als Invaliden erklärt, dem gewährt man eine miserable Rente; wenn er aber den Arbeiter weiter arbeiten heißt, so muß er, auch wenn er sich nicht einmal mehr rühren könnte, arbeiten, weil ihn der Hunger zur Arbeit zwingt und er ein anderes Mittel, die Rente zu erhalten, nicht besitzt, da in den Satzungen der Pensionskassen die Vorschrift enthalten zu sein pflegt, daß sie nur demjenigen eine Rente bewilligt, den der Kassenarzt als Invaliden erklärt. Der Arzt ist hier gewöhnlich ein Werkzeug in der Hand des ausbeutenden Kapitalisten. Häufig braucht man nämlich in Hütten und Werken Arbeiter zu leichteren Arbeiten auf dem Platze. Zu diesen Arbeiten verwendet man oft nicht gesunde Arbeiter, denen ein besserer Lohn gezahlt werden müßte, sondern man verwendet ältere Arbeiter, die ihre Kräfte schon völlig abgenutzt haben. Die Behandlung kranker Arbeiter in den Krankenhäusern läßt gleichfalls viel zu wünschen übrig. Oft wird dort den Arbeitern furchtbares Unrecht getan. Und das alles für das Geld, das die Arbeiter durch Beiträge aufbringen müssen.

Mit Recht herrscht auch unter den Arbeitern Enttäuschung über die Krankenhäuser und Ärzte, und an alledem ist schuld die gegenwärtige Einrichtung der Krankenkassen, in welche sich die Kapitalisten hinein-drängen und aus denen sie noch ein weiteres Mittel zur schändlichen Ausbeutung machen. Mit Recht verlangen daher die Arbeiter eine Änderung dieser sie kränkenden Verhältnisse.

Die Regierung müßte im Interesse der Arbeiter, deren Lebensäfte die Kapitalisten in schändlicher Weise ausbeuten, ihre Kontrolle auf die Krankenkassen und Krankenhäuser ausdehnen, sie müßte verhindern, daß die Krankenkassen, deren Bestimmung die sorgfältige Pflege der von schwerer Arbeit erschöpften Arbeiter sein soll, zu Zwecken kapitalistischer Ausbeutung mißbraucht werden. Bei der gegenwärtigen polenfeindlichen Strömung können die polnischen Arbeiter von einer Regierungskontrolle zwar nicht viel erwarten, jedenfalls aber ließe sich die Ausbeutung in den Krankenkassen einschränken, wenn sie unter strenge staatliche Aufsicht gestellt würden. Ausdrücklich muß aber bemerkt werden, daß die Krankenkassen nur dann segensreiche Einrichtungen für die Arbeiter sein werden, wenn sich die Vorstände in den Händen der Arbeiter befinden und wenn die Beschlüsse in den vitalsten, die kranken Arbeiter betreffenden Interessen von den Arbeitern abhängig sein werden.

Die Regierung hat schon gewisse Schritte getan, um die Krankenkassen in Hütten und Fabriken unter staatliche Aufsicht zu stellen. Den Bemühungen der Regierung treten schon die mächtigen ober-schlesischen Kapitalisten in den Weg. Generaldirektor Riedt aus Gleiwitz lud die Vorstände der Krankenkassen zu einer Besprechung nach Kattowitz ein, die auch vor einigen Tagen im Sitzungs-saale des Verbandes der Hütten- und Grubenbesitzer, der unter der Leitung des berühmtesten Volk steht, stattfand. Dort wurde beraten, wie man die Bestrebungen der Regierung vereiteln und den Kassen die Freiheit bewahren könnte. In Wirklichkeit handelt es sich den Kapitalisten darum, daß die Krankenkassen auch fernerhin die Arbeiter ausbeuten. In dieser Versammlung wurde beschlossen, alle Krankenkassen in Hütten und Fabriken in einen Verband zu vereinigen, der sich dem Zentralverband der Krankenkassen im deutschen Reich anschließen soll. Alle Delegierten sollen hierzu ihre Zustimmung gegeben haben. Auch die Satzungen des Verbandes der Krankenkassen sind schon angenommen worden. Der Verband wird Tatsache werden, wenn sich die Mitglieder der Krankenkassen mit der Gründung einverstanden erklären werden. Im Oktober wird noch eine Versammlung der Vorstände der Krankenkassen stattfinden, und bis zu dieser Zeit sollen die Mitglieder der Krankenkassen ihre Ansicht äußern.

Wir machen unsere Arbeiter auf diese Bemühungen der Kapitalisten aufmerksam. Alles, was die Kapitalisten für sie tun, müssen sie sich von allen Seiten genau ansehen. Wenn die Kapitalisten etwas für die Arbeiter tun, so tun sie dies nicht aus Beweggründen der Gerechtigkeit, in dem Wunsche, den Arbeitern Linderung zu verschaffen, sondern im eigenen kapitalistischen Interesse. Darum mögen die Arbeiter nicht zulassen, was die Kapitalisten im Schilde führen. Die Arbeiter müssen danach trachten, daß sie denjenigen Teil der Macht in den Kassen in ihre Hände bekommen, der ihnen billigerweise gebührt, sie müssen vor allem die freie Wahl der Kassenärzte fordern.

Die Verwirklichung der Absicht der Kapitalisten unter den gegenwärtigen Verhältnissen würde eine Erhöhung der kapitalistischen Einflüsse in den Krankenkassen bedeuten, und das müssen die Arbeiter verhindern.

Die Zeitungen lesenden Arbeiter mögen dies ihren unaufgeklärten Brüdern auseinandersetzen. In den Hütten und Fabriken wird man gewiß fordern, daß die Arbeiter eine Erklärung unterschreiben werden, nach welcher sie den Absichten der Kapitalisten ihre Zustimmung geben. Mögen alle Arbeiter wissen, wie sie in diesem Falle handeln sollen.

Aus Nr. 151 des Górnioślazak (Kattowitz)
vom 4. Juli 1908:

Aus Benthien.

(Die kapitalistische Schändlichkeit kennt keine Grenzen.)

Der berühmte Kapitalismus, in dessen Diensten überall Spitzel und Denunzianten stehen und der mit eigener Phantasie hinzudichtet, was die Spitzel nicht erschnüffeln können, hat eine neue von polnischer Seite dem preussischen Staate drohende Gefahr entdeckt. Dies Mal droht die Gefahr aus Zendrysssek im Kreise Tarnowiz, wo der verehrte und brave Priester Rogowski Pfarrer ist. — Vor einigen Tagen berichteten kapitalistische Blätter, daß in Zendrysssek Geistliche aus Galizien gewesen seien und eine vertrauliche Konferenz stattgefunden habe. Natürlich schwebt da eine Gefahr über dem preussischen Staate! — Am Peter-Pauls-feste

veranstaltete der Industrieverein aus Beuthen einen Ausflug nach Zendrysssek, wo er auch eine Andacht bestellte hatte. Und siehe da, eine neue Gefahr ist für den preussischen Staat entstanden. Hafatistische Blätter schreiben, in Zendrysssek seien Vorträge — die von einem Spizel höchstens im Traume gesehen worden sein können —, ferner Gefänge und Ansprachen vorgetragen worden, die nur den einen Zweck gehabt hätten, das Nationalbewußtsein der Polen zu stärken. Wir können hinzufügen, daß der Hafatist, der dies geschrieben, zu wenig geschlafen und geträumt hat, denn außer dem, was er angibt, hat in einem Keller zu Zendrysssek eine Musterung von Senfemännern und dann im Wald abseits eine Schießübung stattgefunden, und zwar nur zu dem Zwecke, um sich zum Sturz des preussischen Staates vorzubereiten. — Der hafatistische Spleen richtet in gewissen Gehirnkästen eine fürwahr große Verwüstung an.

Aus Nr. 75 der Gazeta Opolska (Oppeln)
vom 2. Juli 1908:

Aus Dembiohammer.

Geehrter Herr Redakteur!

In Dembiohammer wählten die Wähler der I. Abteilung, die als gute Katholiken und Polen gelten, wie Ihnen schon bekannt ist, am 3. Juni einen Gegner, und zwar aus Mangel an Mut und in ihrem eigenen Interesse, und jetzt suchen sie sich dadurch zu rechtfertigen, daß Pfarrer Kulik am 3. Juni ebenfalls für den Gegner und zwar für einen Lutheraner, irgendeinen Förster, gestimmt habe, aber das ist unglaublich. Vielleicht erfahren Sie, Herr Redakteur, aus glaubwürdiger Quelle, ob dem so ist, daß Pfarrer Kulik einem Lutheraner seine Stimme gegeben hat, damit sich manche Wähler, Abtrünnige und nicht weiter mit dieser Tatsache rechtfertigen und die Leute gegen ihre Geistlichen nicht mißtrauisch machen.

Man könnte mehr schreiben, mit welchen Gründen sich diese Wähler zu entschuldigen suchen, aber es müßte mancher denken, daß dies irgendwelche Knaben seien, aber nicht erwachsene Männer, Wirte und Gastwirte, wenn sie aus so verschiedenen lächerlichen Gründen verkehrt gewählt haben wollen.

(Leider ist es wahr, daß Pfarrer Kulik aus Szczedrzyk seine Stimme einem Evangelischen gab im Gegensatz zu der überwiegenden Mehrheit der dortigen braven Wähler, die trotzdem ausschließlich 6 Polen gewählt und den ganzen Block vernichtet haben. Mit dieser Tatsache dürfen sich aber die Wähler in Dembiohammer nicht entschuldigen, denn woher wußten sie denn, daß Pfarrer Kulik zusammen mit ihnen in den Block wählen wird, und außerdem ist dieser Ausnahmefall einzig in seiner Art in ganz Schlesien; ein zweiter ähnlicher Fall ist, soviel wir wissen, nur noch in Westpreußen vorgekommen. Warum haben denn die Wähler in Dembiohammer nicht nach ihrem Herrn Pfarrer oder nach allen den Geistlichen gehandelt, die sich auf der Seite des Volkes und der katholischen Sache befanden?! Seine Fehler kann man doch nicht mit eben solchen Fehlern rechtfertigen, die von andern begangen worden sind, selbst wenn sich unter diesen bisweilen auch ein Priester befände. — Die Red.)

Aus Nr. 150 des Górnosłazak (Kattowitz)
vom 3. Juli 1908:

Aus dem Kreise Rosenberg.

Man hat die Wahlen noch nicht vergessen.

Ein Bauer ging den Kreis Schulinspektor in Rosenberg bitten, seinen Sohn während der Erntezeit vom

Schulunterricht zu befreien. Der Herr Inspektor, der auf dem Tisch das Kreisblatt nach den letzten Reichstagswahlen liegen hatte und es durchsah, sagte: Wem ihr euren Wahlzettel gegeben habt, zu dem gehet hin! Die Dörfer B. und R. haben den Fürsten Hohenlohe nicht gewählt; mit uns wollt ihr nichts zu tun haben, so kommt auch nicht zu uns, eine Erlaubnis erbitten. — So sprach der Herr Inspektor. Das ist eine interessante Sache, denn die Wahlen sind doch völlig frei, und das Amt des Schulinspektors ist zur Kontrolle der Wahlen nicht da!

Aus Nr. 153 des Kurjer Śląski (Kattowitz)
vom 7. Juli 1908:

Vor dem Gesetz sind alle Bürger gleich.

So lauten die Vorschriften der preussischen Verfassung. Man müßte erwarten, daß in Preußen nach diesen Grundsätzen der Staatsgesetze die Bürger im öffentlichen Leben überall gleich behandelt werden. Daß dies in Preußen nicht geschieht, wissen wir Polen am besten, denn wir erfahren das am eigenen Leibe. Die ganze polenfeindliche Politik ist der beste Beweis dafür, daß in Preußen von bürgerlicher Gleichberechtigung nicht die Rede ist.

In Berlin findet bekanntlich gegenwärtig der Prozeß gegen den Fürsten Eulenburg statt, welchem die Staatsanwaltschaft das Verbrechen des Meineides und Verleitung zum Meineid vorwirft. Für solche Verbrechen sieht das deutsche Strafgesetz Zuchthausstrafe und den Verlust der Ehrenrechte vor. Die Richter behandeln den Angeklagten in ungewöhnlich zarter Weise. Sie titulieren ihn nicht anders als „Herr Angeklagter“. Dem Fürsten Eulenburg werden außerdem noch große Freiheiten gewährt, obgleich er im Untersuchungsgefängnis sitzt. Er fährt nicht bloß mit seinem Automobil spazieren, sondern während der Verhandlung hat er auch Frau und Kinder bei sich. Wir haben nichts gegen eine menschliche Behandlung des früheren Freundes und Vertrauten Wilhelms II. und heutigen Zuchthauskandidaten, aber wir müssen fordern, daß alle Bürger so behandelt werden, die das Unglück haben, in die Hände der Staatsanwaltschaft zu geraten. Bis jetzt geschieht es in den preussischen Gerichten anders. Wenn auf der Anklagebank ein armer Arbeiter oder Bauer sitzt, so sündigen oft weder die Richter noch die Gerichtsbeamten ihm gegenüber durch allzu große Höflichkeit, und diese Höflichkeit wird noch geringer, wenn es sich um einen polnischen Arbeiter oder Bauern handelt, der mit dem Beinamen „polnischer Agitator“ gebrandmarkt worden ist.

Wir nehmen indes an, daß von jetzt ab alle Richter in Preußen zu Herrn Kanow, dem Vorsitzenden des Schwurgerichts, der den Eulenburgprozeß leitet, in die Lehre gehen und von ihm die Höflichkeit lernen werden, die er dem Angeklagten Eulenburg bezeugt. Wir denken, daß in Zukunft überall bei den preussischen Gerichten die gleiche Höflichkeit gegen die Angeklagten und Zeugen geübt werden wird, die unter der Unhöflichkeit mancher Richter und Staatsanwälte oft zu leiden haben.

Aus Nr. 151 des Kurjer Śląski (Kattowitz)
vom 4. Juli 1908:

Die Wasserversorgung.

Unsere Väter wußten nicht, was Wassernot ist. In Oberschlesien entstand aber eine große Bergwerksindustrie. Die Deutschen bauten eine Grube nach der anderen, von Jahr zu Jahr bezogen sie immer größere

Einkünfte aus den Schätzen unseres Bodens, indem sie unser polnisches Volk in schändlicher Weise ausbeuteten, aber weder für dieses Volk, noch für das Land taten sie etwas trotz aller Prahlereien. Ihr ganzes Bemühen war stets, unsere Arbeiter in Unwissenheit und auf einer tiefen Bildungsstufe zu erhalten, denn nur ein unwissender und unkultivierter Arbeiter läßt sich so ausbeuten und behandeln, wie es seit Jahrzehnten die obererschlesischen Kapitalisten tun.

Die Jagd der Kapitalisten nach Gewinn verwandelte das früher herrliche, mit Wäldern und Wiesen angefüllte Oberschlesien heute in eine wahre Hölle. Überall befinden sich Trümmerhaufen, Erdschlünde, ein Baum ist schwer zu finden, überall ist es voll Rauch, der sich durch die schmutzigen Straßen der aus häßlichen Kasernen bestehenden Fabrikkolonien hinwölgt, in denen das arme polnische Proletariat gefangen gehalten wird. Die Gruben haben unsere Industriebezirke auch des unentbehrlichsten Lebensmittels, des Wassers, beraubt, das früher im Überfluß vorhanden war. Nichts anderes, als die Gruben haben bewirkt, daß alle Wasserquellen in unserem Industriebezirk verschwunden sind. Die Frage der Wasserversorgung des Industriebezirks beschäftigt seit vielen Jahren die Köpfe der Behörden, wie der Bürger, insbesondere wenn, wie es häufig geschieht, ganze Gemeinden durch längere Zeit des Wassers beraubt sind.

Nach Anführung der in der Frage der Wasserversorgung Oberschlesiens bisher gemachten Vorschläge und Schritte fährt Korfantsky Leiborgan fort:

Unser Standpunkt zu dieser Frage ist folgender:

Eine Zentralwasserleitung aus der Oder müßte möglichst bald zur Einführung gelangen. Die Baukosten derselben müßten teilweise die Grubenbesitzer tragen, denn sie haben die Bevölkerung des Wassers beraubt, weil ausschließlich die Kohलगruben das Wasser von der Erdoberfläche in das Erdinnere gezogen haben. Teilweise aber müßte der Staat die Kosten decken, denn die preussische Regierung trifft gleichfalls die Schuld, weil sie nicht nur durch Jahrzehnte der kapitalistischen Raubwirtschaft gleichgültig zugehört, sondern diese auf Schritt und Tritt noch gefördert hat, ohne sich um das Wohl der vielen armen Bewohner zu kümmern und ohne sie gegen die Folgen einer wilden Kapitalistenwirtschaft zu schützen.

In keinem Falle dürfen die Gemeinden den Bau der Wasserleitung und das Wasser bezahlen. Unsere Gemeinden sind heute schon überlastet, das arme Volk zahlt an sich schon hohe Gemeindesteuern, von denen sich die Kapitalisten befreien.

Leider herrschen in unseren Gemeinden des Industriebezirks unumschränkt die Kapitalisten durch ihre Handlanger in den Hütten und Gruben. Und sie herrschen dank unserer Ratlosigkeit und dank dem Mangel an Aufklärung unter unserem Volke.

Aus dem preussischen Landtage haben wir die Vertreter des brutalen Kapitalismus in Oberschlesien hinausgeworfen. Wir besitzen also eine Kraft, wenn wir nur von ihr Gebrauch machen wollten. Bieten wir alle Kräfte auf und befördern wir bei den nächsten Gemeindevahlen die Kapitalisten und ihre Knechte auch aus unseren Gemeinden hinaus, dann wird es uns in Oberschlesien besser gehen.

Der Kampf mit den kapitalistischen Kapitalisten in unseren Gemeinden ist wohl wichtiger, als die Landtagswahlen. Werfen wir sie, diese Blockanhänger, aus den Gemeinden hinaus, und die kapitalistische Politik in den Gemeinden wird aufhören, es werden die polizeilichen Mißbräuche ein Ende nehmen und die Gemeindesteuern herabsinken.

Vorwärts also in den Kampf! Fegen wir aus den Gemeinden das Blockgerümpel hinaus!

Aus Nr. 27 der Praca (Beuthen D.-S.)

vom 7. Juli 1908:

Betrifft das Organisationskompromiß.

Edel und heilig ist dieser Gedanke, und wir Arbeiter erwarten es schon lange, daß der Krieg zwischen den auf christlich-katholischem Boden stehenden Organisationen beendet werde. Wir müssen uns alle zu gemeinsamer Arbeit zusammenschließen, namentlich aber der Verband katholischer Vereine mit dem „Verbande der gegenseitigen Hilfe“. Jeden Arbeiter, der die Arbeiterangelegenheiten verständnisvoll betrachtet, muß am meisten die Zwietracht und der Kampf unter den Organisationen schmerzen. Das zersplittert uns Arbeiter am meisten, und das nützt die uns feindliche, teils liberale, teils sozialdemokratische Organisation aus. Über unsere Kraftlosigkeit, über den Mangel einer starken Organisation aber freuen sich am meisten die nichtchristlichen, gewissenlosen Kapitalisten. Da diese den Mangel an Solidarität unter den Arbeitern und ihren Organisationen sehen, denken sie gar nicht an eine Besserung der unerträglichen Verhältnisse, die uns zu Boden drücken. Von Seiten vieler liberalen Arbeitgeber wird bei verschiedenen Gelegenheiten, namentlich gegen uns katholische und polnische Arbeiter Terrorismus geübt. Mancher Herr sagt: Du willst nicht stimmen und im Privatleben handeln, wie ich befehle, so nimm deine Papiere — hier hast du die Fegen.

Was das heißt, weiß jeder. Es bestehen schwarze Listen, in welche diejenigen unserer Brüder eingetragen werden, die Mut genug hatten, ihre und der anderen Bürgerfreiheit zu verteidigen. Welche obererschlesische Organisation hat nun schon einen Prozeß wegen der „schwarzen Listen“ durchgeführt?

Ein solcher Prozeß ist vor allem zum Schutze unserer Freiheit erforderlich. Wir müssen den Arbeitgebern zeigen, daß wir keine Sklaven sind. Wenn die Macht und Übermacht der „schwarzen Liste“ gebrochen sein wird, dann wird man uns nicht wie Verbannten von Grube zu Grube, von Hütte zu Hütte, von Fabrik zu Fabrik nachsetzen.

Möge diese Stimme den Leitern beider Organisationen zu Herzen gehen! Mögen sie erkennen und erfahren, daß unsere schwerste Aufgabe die Führung des „Bruderkampfes“ ist, der für uns und für unsere Arbeiterfrage verderblich ist. Schlagen wir einander nicht mehr länger, sondern suchen wir uns zu verständigen, geben wir einander nach und vereinigen wir uns zu einer größeren Macht.

Dann aber gehen wir redlich an die Besserung unseres Loses heran, wonach es uns in jeder Beziehung besser gehen wird.

Wir sind Söhne der hl. Kirche, einer Mutter, die uns aus der modernen Sklaverei, in die uns die kapitalistische Macht gestürzt hat, befreien und entreißen und den anderen Ständen gleichstellen will.

Möge dieser in der Praca ausgedrückte Gedanke, dieses gute und heilsame Saat Korn keimen, möge aus ihm ein schöner und großer Baum emporwachsen, unter dem sich alle Arbeiter vereinigen und reiche Früchte ernten könnten.

Aus Nr. 151 des Kurjer Śląski (Kattowitz)

vom 4. Juli 1908:

Aus Kochelwitz.

Der Polizist Hajduk behandelt die hiesigen Bürger merkwürdig. Ein gewisser Anton Piwon hatte eine Polizeistrafe in Höhe von 6 M. zu bezahlen, weil er sich bei seinem Weggang nach Westfalen in Kochelwitz

nicht abgemeldet hatte. Die Polizeistrafe für Piwon hat dessen Mutter in den Monaten März, April und Anfang Mai und zwar an den Polizisten Hajduk entrichtet. Dieser erschien am 27. Mai in der Wohnung der Mutter, durchsuchte alle Zimmer, begab sich dann in die Wohnung des Hausbesizers, des Schwagers des Anton Piwon, und durchsuchte dort ebenfalls alle Zimmer und den Dachboden, denn er wollte Anton Piwon angeblich deshalb verhaften, weil er die Polizeistrafe nicht bezahlt habe. Hajduk erlaubt sich, ohne Zeugen und offenbar ohne den Auftrag einer höheren Behörde die Rolle eines Potentaten von Kochelwitz zu spielen. Am Himmelfahrtstage verhaftete Polizist Hajduk den zur Kirche gehenden Anton Piwon und brachte ihn ins Ortsgefängnis, wo er zwei Stunden zubrachte. Die Mutter des Verhafteten begab sich zum Amtsvorsteher und wies nach, daß sie die Strafe längst und zwar an Herrn Hajduk selbst bezahlt hat. Herr Hajduk geruhte dann, sich zu erinnern, daß er die Strafe und zwar teils in seiner Wohnung, teils auf dem Marktplatz erhalten hatte.

So verfährt mit den Bürgern ein Polizist, den die Gemeinde für ihre Dienste besoldet. Dieser verzögert die empfangene Bezahlung, beraubt die Bürger der Freiheit und zwar noch in einer Weise, um sie vor allen zur Kirche gehenden Menschen mit möglichst viel Schande zu bedecken; der Polizist erdreistet sich, ohne weiteres Bürgerwohnungen zu betreten, alle Zimmer zu durchstöbern, mit einem Wort, er tritt so auf, als ob er unumjhränkter Herrscher über Kochelwitz wäre, wiewohl er nur Polizist ist. Der Amtsvorsteher des Orts und nötigenfalls der Landrat müßten Herrn Hajduk über seine Rechte und Pflichten belehren, denn in Kochelwitz wird über das Auftreten dieses Herrn allgemein geklagt.

Ein Bürger.

Aus Nr. 150 des Górnosłazak (Kattowitz)
vom 3. Juli 1908:

Betrifft die Ausflüge nach Krakau.

(Aus Godullahütte.) Anlässlich des Polenausflugs aus Oberschlesien nach Krakau brachte der freimaurerische General-Anzeiger für Schlesien und Posen einen Artikel mit der Überschrift: Die Krakau-Pilger. Wieviel Wahres an dem Artikel ist, weiß ich nicht, denn ich war in Krakau nicht. Aber was stört es denn die Hafatisten so, wenn unsere Landsleute in Krakau waren, die alten denkwürdigen Kirchen besuchten und in der Muttersprache beteten, und wenn sie auch Denkmäler und nationale Denkwürdigkeiten besichtigten, so taten sie es aus eigenem Nationalgefühl. Wir verbieten doch Deutschen nicht, zusammenzukommen und von ihrem „faterlandzie“ zu singen, denn es ist ihre Pflicht, das Vaterland zu lieben. Auch wir Polen lieben, was polnisch ist und was uns am nächsten liegt, denn in uns fließt polnisches Blut. Meines Erachtens ist, wer seine vaterländische Sache verrät, ob Deutscher, Franzose oder Pole, ein verdammenzwerter Verräter. Unsere Polen haben hier in Oberschlesien nicht die gebührende Freiheit, sie haben nicht das, was ihnen billigerweise gebührt. Wir Polen werden den Deutschen weder unsere polnische Sprache noch unsere polnischen Sitten aufdrängen, auch werden wir ihnen nicht verbieten, nach Wien oder anderswohin Ausflüge zu veranstalten. Mögen sie ebenso auch uns gegenüber handeln, und es wird Friede herrschen. Das Tierreich zerfällt in verschiedene Gattungen, wie: Katzen, Hunde, Löwen, Pferde, Kamele, Elefanten usw. Ebenso teilen sich die Nationen. Es gibt Slawen, Germanen, Romanen usw. Und warum wird aus

dem Pferd nicht ein Kamel? Ebenso soll der Slawe kein Germane sein, wenn er ein geborener Slawe ist. Wenn sich das hafatistische Schmierblatt über die letzten Wahlen ärgert, so hat es den Beweis, daß die Katholiken einander die Hände gegen Hafatismus und Freimaurerei gereicht haben, denn der Katholik wird, selbst wenn er aus Afrika wäre, einem anderen Katholiken im Notfalle die Hand reichen. So seht ihr, nationale Brüder, wie diese freimaurerischen und hafatistischen Schmierblätter von unserem polnischen Volke schreiben. Und in welcher Zahl seid ihr hier in Godullahütte vorhanden, die ihr diese feindlichen Schmierblätter abonniert und unseren polnischen Blättern das Los von Waisenkindern überlastet? Unerfahren sind die Brüder, die von polnisch-katholischen Blättern ermahnt, belehrt werden und sie im Stich lassen. Polnischer Bruder, tritt in die Reihe der Katholiken und Polen, und wir werden die heilige Kirche und Nationalität gemeinsam verteidigen, denn der Hafatismus wacht, und bald wird vielleicht im Reichstag oder Landtag wieder irgend ein Ausnahmegefez gegen uns zum Vorschein kommen. Brüder, die ihr diese Schmierblätter abonniert, faßt sie mit irgend einem Felsen an und werft sie in den Ofen, verschreibt euch ein polnisches Blatt, schweißt diese polnische Kette der Eintracht und Einigkeit immer fester zusammen, damit sie keine hafatistische Macht zerreiße. Ringsum habt ihr hier in Godullahütte, Dżegow, Morgenroth, in der Hütte zur guten Hoffnung Agenten; wendet euch an sie und abonniert ein polnisches, katholisches Blatt.

Aus dem Innern und dem Westen Deutschlands.

Aus Nr. 1 der Zgoda (Eintracht) (Wanne)
vom 24. Juni 1908:

Liebe Landsleute!

Ein neuer Ankömmling tritt heute über eure Schwelle und grüßt euch mit den Worten eurer Väter:
Gelobt sei Jesus Christus!

Empfanget ihn wohlwollend, denn dieser neue Ankömmling ist eine neue polnische Zeitung, welche auf dem am meisten vorgeschobenen nationalen Posten steht, auf einer Insel, an die alle Augenblicke die brausenden Wogen der feindlichen Elemente, die voller Haß sind, anschlagen. Auf dieser Insel schlagen doch aber eine Viertel Million polnischer Herzen, tausende sehniger Schultern zeigen ihre Elastizität, Ströme von Schweiß fließen von der Stirn der durch die Arbeit Gequälten. Jeder Hammerschlag verbreitet von dort her den eigenen und fremden Länden den Ruhm der unverbrauchten Kraft des polnischen Volkes.

Inmitten dieses Volkes, für dieses und zugleich mit ihm wollen wir unsere verantwortungsvolle Arbeit beginnen, und wir beginnen sie unter wahrhaft schwierigen Verhältnissen. Es gibt nicht ein Gebiet in unserem synthetischen nationalen Leben, an dem nicht die furchtbaren Folgen des feindlichen preußischen Systems abfärbten. Wie eine riesengroße Lawine wälzen sich auf unsere Schultern immer empfindlichere Ausnahmegefeze. Die Feinde bemühen sich, uns zum Proletariat zu machen, das seines Namens, seiner Sprache, Energie, seines Daseins und aller seiner nationalen Ideale bar wäre.

Und dieser Sturmflut, hinter der ein ungeheurer Teil eines mächtigen Volkes, verblendet durch den Chauvinismus, steht, geführt von dem durch Reptilien-

fonds unterstützten Kafatismus, in dessen Diensten sich ganze Arsenale und ungezählte Vertreter von Beamten befinden — muß ein kleiner Bruchteil eines in drei Teile zerissenen und seiner politischen Selbständigkeit beraubten Volkes die Stirn bieten!

Ob denn unsere Kräfte dazu ausreichen werden? Augenscheinlich wird es der Fall sein, denn wir leben ja doch und vermehren uns trotz jahrelanger Knechtschaft. Wir sollten aber darauf achten, daß das Volk in der Bedrückung nicht kraftlos würde, wir müssen alle Mittel zur Erhaltung des Glaubens in der Gesamtheit in der Hoffnung auf eine bessere Zukunft anwenden. Auch hier beginnt die hauptsächlichste Aufgabe der polnischen Presse.

Wir werden also darnach streben, daß jeder gewissenhaft seine nationalen Pflichten erfüllt. Indem wir den Willigen Hilfe leisten, die Saumseligen aber brandmarken werden, werden wir um die größte Vertiefung der politischen Kenntnisse, aus der der Glaube an die eigenen Kräfte entspringt, bemüht sein.

Uns in der Fremde ist der Weg zur Verbreitung der Aufklärung mit Hilfe der öffentlichen Versammlungen auf Grund des bekannten Ausnahmegesetzes vom 15. Mai verschlossen worden. Wir erachten daher die Unterstützung der Bestrebungen unserer zahlreichen polnisch-katholischen Vereine als eine unserer wichtigsten Aufgaben.

Wir haben in der Fremde herrliche Organisationen, welche durch die beschwerliche Arbeit der ersten polnischen Pioniere geschaffen worden sind. Wir haben die durch ihre Zahl und ihr Ansehen imponierende polnische Berufsvereinigung, den St. Josphat-Verein, den Polenbund, ferner die tapferen Sokols, die Sänger und eine ganze Reihe von Kirchen- und anderen Vereinen.

Es gilt also mit und für jemanden zu arbeiten. Wir achten und unterstützen die bereits bestehenden Vereine und werden gern dazu Hand anlegen, sobald uns die Landsleute bitten, ihnen bei der Gründung neuer Vereine behilflich zu sein.

Unsere ganze Vergangenheit ist unzertrennlich mit der römisch-katholischen Kirche verbunden, auch in unserer gegenwärtigen schweren Lage suchen und finden wir Freude und Anregung zur Ausdauer vor dem Throne des Statthalters Christi. Diese Treue müssen wir bis zum letzten Blutstropfen bewahren und unsere Politik auf den unerschütterlichen Felsen der katholischen Grundsätze stützen. Weil die Religion nicht nur Verstandes-, sondern auch Herzenssache ist und jeder mit seinem Schöpfer nur in der Muttersprache sprechen kann, werden wir mit ganzer Energie die Strömungen bekämpfen, welche das Ansehen der Kirche zu germanisatorischen Zwecken mißbrauchen. Unsere Lösung wird stets sein: Die geistliche Fürsorge und die Glaubenswahrheiten in der Muttersprache!

Im inneren Leben der Polen in der Fremde nimmt die hervorragende Stelle das arbeitende Element ein. Mit Rücksicht darauf, daß die Arbeiter-sache in unserer demokratischen Gesamtheit eng verbunden ist mit der nationalen Sache werden wir danach streben, die ohnehin schon starke nationale Organisation in der Fremde zu einer noch größeren Bedeutung zu bringen und den Arbeiter in seinen Bestrebungen um die Verbesserung seiner Lage zu unterstützen und ihn vor der Ausnutzung falscher Ratgeber zu schützen.

Bis jetzt haben die Arbeiter die durch sauren Schweiß ersparten Gelder vorwiegend in die Heimat geschickt und daselbst Land gekauft, auf dem es den Polen immer am besten ergeht. Diese Bestrebungen sind zum Teil schon durch das Ansiedlungsgesetz bedroht, das den Polen verbietet, Häuser auf eigenem Lande zu errichten. Nicht genug damit, vor kurzem ist das Enteignungs-

gesetz entstanden, und in der kafatistischen Werkstätte existieren noch schwerere Waffen gegen die polnische Parzellierung.

Alle diese Gesetze und Projekte sollten unsere Auswanderer von dem Erwerb des Landes nicht zurückhalten, man muß immer damit rechnen, daß im Laufe der Jahre, hervorgerufen durch die Macht der Verhältnisse, immer weniger Landsleute in die Heimat zurückkehren und immer mehr gewerbliche Unternehmungen in der Fremde kaufen und gründen werden.

Auf diese Weise wird sich neben dem Arbeiterstande, der nicht aufhören wird, der Grundstock des polnischen Auswanderertums im rheinisch-westfälischen Industriegebiete zu sein, mit der Zeit ein polnischer Handwerkerstand bilden, der bereits schon im Entstehen ist. Weil der Arbeiter ohne den Kaufmann und Handwerker nicht bestehen kann und umgekehrt, und weil sich keine Gesellschaft ohne einen kräftigen und gesunden Handwerkerstand entwickeln kann, wird es unsere Sorge sein, unter beiden Gesellschaftsschichten die gehörige Harmonie und das richtige Gleichgewicht zu erhalten.

Mit Rücksicht darauf, daß der größere Teil der Eltern wegen Mangel an Mitteln seinen Kindern nicht die entsprechende Ausbildung angedeihen lassen kann, haben wir beschlossen, den Reingewinn aus unserem Unternehmen zur Unterstützung tüchtiger, nach Aufklärung strebender Jünglinge hinzugeben. Wir hoffen, daß dieser Gedanke unter unseren geehrten Landsleuten Anklang finden und uns zahlreiche Freunde schaffen wird, welche das erhabene Ziel, das wir uns gesteckt, wohl verstehen werden.

Im Verhältnis zu unseren Landsleuten in der Fremde werden wir uns an die Grundsätze der Solidarität und Zucht gegenüber den Behörden halten, die wir uns selbst geschaffen haben, denn nur Solidarität und Eintracht können uns eine erfolgreiche Verteidigung unserer gemeinsamen nationalen Interessen sichern.

In rechtlich-politischer Hinsicht werden wir streng auf den Grundsätzen der Konstitution und der Gesetze des preussischen Staats beharren, zu dem wir durch den Willen Gottes gehören. Diese Zugehörigkeit hindert uns durchaus nicht, unsere nationalen Ideale zu verteidigen und uns geistig mit unseren Landsleuten im russischen und österreichischen Landesteile zu vereinigen, mit denen wir durch ein stärkeres Gesetz als das geschriebene unzertrennlich verbunden sind.

Unser Verhältnis zum Zentrum muß stets den durch das wohlverstandene nationale Interesse gebotenen Bedingungen unterliegen. Das in der letzten Zeit mit der heutigen Zentrumsparthei geschlossene Wahlkompromiß ist noch zu neu, um auf eine ständige Freundschaft mit dem Zentrum zu bauen und zu vergessen, was die gestrige Zentrumsparthei für uns war. Keine Kompromisse, über welche die Zentrumswahlbehörden im Lande entscheiden, werden uns hier in der Fremde von dem streng nationalen Standpunkte abbringen.

So fassen wir unsere Aufgaben auf, soweit sie sich in die Form eines kurzen Artikels bringen lassen. Im weiteren Verlaufe erhalten unsere geehrten Leser umfangreichere Darlegung unserer Grundsätze und Ansichten.

Wir kommen zu euch mit den besten Absichten und bitten um wohlwollende Unterstützung. Wenn unsere Neigungen Widerhall in euren Herzen finden werden, dann wird auch unsere Arbeit unzweifelhaft reiche Früchte tragen zum Nutzen für unsere heilige nationale Sache!

Aus Nr. 149 des Wiarus Polski (Bochum)
vom 2. Juli 1908:

Aus dem Gebiete des Kampfes gegen den Wiarus Polski.

Ich wohne zwischen Felsen und weit entfernt von unserer Festung, deshalb höre ich auch wenig. Schließlich vernahm ich Trompetenschall und Paukenschläge zum Kampfe gegen den Wiarus Polski, um ihn zu schlagen, zu vernichten. Geehrter Arbeiter, deine erste Zeitung, welche dich vor allen überfällen verteidigt, ist der Wiarus Polski. Wir Arbeiter flüchten nur unter die Fahne des Wiarus. Wir organisierten Arbeiter lassen uns von manchen westfälischen „Geschäftsmachern“ nicht irreführen. Als jene „Geschäftsmacher“ im Drucke waren, wußten sie, wo der Wiarus Polski und ihre Stütze ist. Dieser und jener ist durch den Groschen des Arbeiters zu etwas gekommen, jetzt wollen sie von den Arbeitern die Hand geküßt haben. O, das werdet ihr nicht erwarten, ihr Herren. Zu spät ist euer Überfall gekommen. Wir gehen nicht in die Schlinge.

Ehemals waren wir gut, als man sagte: „dummer Arbeiter“. Als uns aber der Wiarus Polski Verstand beigebracht, wahre Bürger aus uns gemacht hatte, wollte man dieses Blatt so schnell wie möglich den Arbeitern entreißen. Wenn der Wiarus uns Arbeitern nicht sagen würde, daß wir den polnischen Kaufmann und Handwerker unterstützen sollten, dann würde die Hälfte dieser Herren hier in der Fremde kein Brot haben — und jetzt wollt ihr ihm in so schöner Weise dankbar sein? Unsere Losung lautet: den Wiarus unterstützen, denn er steht für uns auf der Wacht! Wir haben Beweise genug, daß uns dieses Blatt treu ist. Man würde seine Redakteure nicht so verfolgen, es hätte sonst für nationale Sachen nicht so viel Geld bezahlt. Wer treu die Seite der Arbeiter hält, wird stets verfolgt werden. Der Wiarus Polski führt uns den geraden Weg, er hat die „Polnische Berufsvereinigung“ ins Leben gerufen, nimmt teil an den Versammlungen und hilft uns, wo er nur irgend kann. Dafür müssen wir ihm dankbar sein, denn er ist bereit, uns fernerhin den Weg zu ebnen. Die Losung eines jeden polnischen Arbeiters muß sein: den Wiarus unterstützen!
Johann Antkowiak.

Aus Nr. 13 des Sokół (Posen)
vom 1. Juli 1908:

Gau X.

Bericht über die Versammlung der Vorsitzenden und Turnwarte des Gaues X, abgehalten am 18. Juni 1908 in Gelsenkirchen.

Anwesend waren 34 Vorsitzende und Turnwarte, nicht vertreten: Köhlinghausen, Altenbochum und Sunderwich. Die Tagesordnung wurde angenommen, ebenso der Bericht über die letzte Zusammenkunft nach einigen Abänderungen. Beim Punkte „Mitteilungen des Vorstandes“ nimmt das Wort Kamerad Berejzyski und teilt den Versammelten mit, am 5. Juli d. J. werde in Recklinghausen Süd ein Wettturnen des Gaues X stattfinden. Er gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die Vereinsturnwarte alles daransetzen würden, damit eine recht große Zahl von Kameraden hierbei antrete. Der Vorsitzende gibt auch bekannt, die Turntagskommission habe beschlossen, am 19. Juli 1908 an dem bekannten Orte einen Turntag zu veranstalten, zugleich setzt er die Zeit des Erscheinens am Orte des Turntages fest und erteilt verschiedene Weisungen, wie sich die Kameraden an diesem Tage zu verhalten

hätten. Kamerad Berejzyski fordert die Kameraden auf, den Verbandsbeschuß betreffend die Turntracht auf dem Turnplatze am Turntage sorgfältig zu beachten. (Die übrigen Mitteilungen sind unwesentlich.)
Red. d. Ges.-Ab.)

Der Vorstand des Gaues X (Rheinland-Westfalen) des Verbandes der polnischen Sokols im deutschen Reiche.

Adam Michczyński,
Vorsitzender.

W. Lufaszewski,
Schriftführer.

Aus den Blättern des Auslandes.

Aus Nr. 144 des Czas (Kraukau)
vom 25. Juni 1908:

Vor dem Prager Kongress.

Petersburg, den 22. Juni 1908.

In diesen Tagen wurde in Petersburg ein neuer Verein unter der Bezeichnung „Slawischer Klub gegenseitiger Unterstützung“ ins Leben gerufen. Begründer dieses Vereins sind bekannte und in der hiesigen Gesellschaft einflußreiche Personen, wie z. B. Chomiakow, Freiherr B. L. v. Korf und J. M. Milutin. Das Komitee des slawischen gegenseitigen Unterstützungs-Vereins hat den Zweck: Personen ohne Unterschied der politischen Überzeugungen, die aber das Bedürfnis einer gegenseitigen Annäherung der slawischen Nationalitäten anerkennen, unter Wahrung der Achtung einer jeden derselben zu vereinigen — ferner mit allen gesetzlichen Mitteln an der Ausbreitung dieser Überzeugungen und an dem besseren Sichkennnenlernen mit den Slawenbrüdern zu arbeiten. In so kurze Worte wurde das Programm der künftigen Vereinsstätigkeit gefaßt.

Von verschiedenen politischen Lagern also kommt die Anregung zum Sichkennnenlernen und zur gegenseitigen Annäherung der Slawen auf dem kulturellen und wirtschaftlichen Gebiete. Die Slawenfreunde der alten Richtung sammeln sich in dem slawischen Wohltätigkeitsverein in Petersburg und in dem slawischen Ausschuß des politischen Vereins „Ruskoje Sobranie“, die mit der Slawenbewegung sympathisierenden liberalen und fortschrittlichen Elemente vereinigen sich in dem Klub der gesellschaftlichen Agitatoren; der vorerwähnte slawische Klub gegenseitiger Unterstützung wird anscheinend vor allen Dingen die Oktobristen und der gemäßigte Rechte vereinigen. Nur in Moskau, der Wiege der ehemaligen Slawenfreundschaft, tritt die Bewegung nach dieser Richtung hin viel schwächer in die Erscheinung. Weder der vom General Tscherep-Spiridowitsch, einer rätselhaften und politisch unzuverlässigen Persönlichkeit, ins Leben gerufene Slawenverein, noch der etwas später gegründete Afakon-Verein geben Lebenszeichen von sich.

Die Begrüßung des neuen Vereins und die bevorstehende Eröffnung des Slawenkongresses in Prag in Böhmen geben der russischen Presse Veranlassung, die slawische Solidarität auf den verschiedenen Gebieten des öffentlichen Lebens zu berühren, wobei stets die russisch-polnischen Verhältnisse gestreift werden und bei dieser Gelegenheit zeigt sich die politische Seite dieser Strömung, auch tritt in einem gewissen, fast entscheidenden Maße die größere oder geringere Aufrichtigkeit der Slawengefühle der betreffenden kulturellen Gruppe, Organisation oder politischen Fraktion in die Erscheinung.

Die erste Stelle gebührt hier der halbamtlichen Presse, welche die Ansichten derjenigen Regierungskreise zum Ausdruck bringt, von denen es vielleicht im gegebenen Augenblick am meisten abhängen würde, ob der Annäherungsgebanke der Slawen Bahnen beschreite, die

zu seiner günstigen Entwicklung führen. So spricht die „Rossija“, das Organ des Ministeriums des Innern, also Stolypins, mit einer gewissen Geringschätzung nicht nur von dem Klub der gesellschaftlichen Agitatoren, die die Notwendigkeit eines Vorkongresses zunächst in Petersburg anregten, sondern auch von den slawischen Gästen in Petersburg. Für die Rossija ist Dr. Kramarz ein „böhmischer Politiker zweiten Ranges“, Dr. Glibowicki und Dr. Hribar sind nur die Vertreter eines Bruchteils ihrer Nation. Nicht an ihnen jedoch war dem halbamtlichen Organ in seinem Artikel gelegen, sondern daran, die in den russisch-polnischen Beziehungen eingenommene Stellung zu kennzeichnen. Und hier will ich die betreffende Stelle wörtlich anführen: „Der Unterschied in den Ansichten kann nur die polnische Frage bilden, zu deren Lösung drei Slawen zu uns hergereist kamen. In diesem Falle aber haben wir die Pflicht, ihnen die Worte unseres großen Dichters (Puschkin) entgegenzurufen: „lasset uns in Ruhe, ihr habet nicht die blutigen Chroniken gelesen, euch ist der Familienzwist unverständlich und fremd“. . . . Die polnische Frage ist so verwickelt und umfangreich, daß sie nicht sofort und auf der Stelle gelöst werden kann. Das Schicksal Polens ist mit demjenigen Rußlands, Österreich-Ungarns und Deutschlands eng verbunden, die Regelung aber der russisch-polnischen Verhältnisse ist noch keine Lösung der polnischen Frage. Wenn wir sogar die Möglichkeit einer Ausscheidung des ethnographischen Polens aus dem russischen Kaiserreich annehmen, so bliebe die polnische Frage immer noch offen, denn der größte Teil Polens würde noch in fremden Händen bleiben. Sogar in Rußland selbst verwickelt sich die polnische Frage durch die Frage der urreussischen Völkchen — Litauens und des Kulmerlandes.“

„Werden denn die Polen ein für allemal auf die aggressive Aktion in diesen Ländern, deren Vorhandensein wohl niemand in Abrede stellen wird, verzichten wollen? Werden die Polen andererseits ihre Herrschaft im östlichen Galizien, woselbst sie doch nur das Einwanderungselement unter der ruthenischen Bevölkerungsmasse bilden, aufgeben? werden sie auf die Rolle der Bedrückten, die sie dort bis jetzt spielen, verzichten wollen? Wie die Polen diese Fragen selbst erledigen wollen, das wissen wir vorläufig nicht; doch sind wir fest davon überzeugt, daß weder ihre slawischen Gäste, noch die Petersburger Anreger instande sind, eine bestimmte Antwort zu geben. Selbstverständlich kann man nicht länger so leben; die russisch-polnische Frage muß in dieser oder jener Weise gelöst werden, doch ist es klar, daß dies nicht heute oder morgen geschehen wird, vorläufig aber müßten vernünftige und um das Interesse des Slawentums besorgte Leute den Boden vorbereiten, ohne dabei zu vergessen, daß bei den Russen, — bei ihnen zu Hause — in erster Linie ihre russischen Interessen stehen werden — die jedoch der Vereinigung der Slawen zu einer gesunden, mächtigen, kulturellen Familie nicht hindernd im Wege stehen können.“

Anläßlich der Gründung der „Slawenklubs zur gegenseitigen Unterstützung“ besprechen die Moskauer Wjedomosti auch die russisch-polnischen Verhältnisse, indem sie für die Idee der alten Slawenfreunde gegen die Vorwürfe der Neuslawen eintreten. Das von der Witwe Gringmuth herausgegebene Blatt räumt zwar ein, daß es den Polen jetzt nicht so gut gehe, wie dies vor 1831 und 1863 der Fall gewesen sei, bemerkt jedoch, daß „unsere Polen nicht schlechter leben, als die preussischen Polen, in vieler Hinsicht sogar noch besser, als die österreichischen. Wenigstens in den Reihen des russischen Beamtentums, in den Reihen unserer Techniker und Ingenieure, unter den Leitern unserer Industrie und unseres Handels spielen sie zweifellos eine größere Rolle,

als in Österreich, woselbst sie auf das winzig kleine Galizien konzentriert sind.“

Aus Nr. 12 des Kupiec Polski (Kraukau)
vom 15. Juni 1908:

Die Ankunft der Posener in Prag zur Jubiläums-Ausstellung.

Am Sonnabend, den 6. Juni, abends 6 Uhr kamen die Posener Ausflügler in Prag an. Zur Begrüßung der Gäste erschienen auf dem Bahnhofe im Auftrage der Prager Stadtverordneten-Versammlung die Herren Brost und J. Mattus, im Auftrage des Kongresskomitees der Kommerzienrat Urban, der Sekretär des Merkur, Kommerzienrat Rivnac und Rosenkranz, im Auftrage des Exportvereins Herr Voigt, des Vereins fortschrittlicher Kaufleute Herr Mora, als Vertreter der Kaufmannschaft Herr Karasch und andere. Es waren auch die aus Kraukau vorausgeschickten Herren L. Halski und der Redakteur unseres Blattes, sowie die Delegierten des Prager „Polenheims“ erschienen.

Die Posener kamen in einer Anzahl von 50 Personen, unter denen sich angesehene Bürger befanden, wie z. B. der Großindustrielle Johann Paczkowski, der Sohn des Vorsitzenden der Korporation christlicher Kaufleute, stellvertretender Direktor Tomaszewski, der Buchhändler Jaroslaw Leitgeber, Stan. Pfitzner, Drozdowski u. a. Als die Gäste ausgestiegen waren, wurden sie von dem Stadtrat Brost im Namen der Stadt als die Stammverwandten der böhmischen Nation herzlich begrüßt und es wurde gleichzeitig die Hoffnung ausgedrückt, daß zwischen den Polen und den Böhmen in Prag, nach erfolgtem Meinungsaustausch, eine Verständigung auf dem Gebiete des Handels erfolgen werde, daß wirtschaftliche Beziehungen angeknüpft werden würden, was gleichfalls zu einer Annäherung auf kulturellem Gebiete beitragen würde. Kommerzienrat Urban begrüßte die Polen recht herzlich in polnischer Sprache. „Ihr habet, — bemerkte er — teure Brüder, weder Mühe noch Kosten gescheut und seid zu uns gekommen, um den Fortschritt zu sehen, den wir in Böhmen auf dem Gebiete der Industrie zuwege gebracht haben, und um unsere wirtschaftlichen Verhältnisse kennen zu lernen. Unser Volk und wir sind von großer Liebe zu jeder Slawennation durchdrungen, namentlich bringt das tschechische Volk euch ein großes Interesse, Mitgefühl und lebhaftes Sympathie entgegen. Wir fühlen uns glücklich, daß ihr, teure slawische Brüder, als die ersten in einer so großen Anzahl erschienen seid. Wir danken euch herzlich dafür. Wir würden glücklich sein, wenn ihr euch während eures Aufenthalts unter uns wie zu Hause fühlen wolltet. Wir werden dazu beitragen — soweit unsere Kräfte reichen — daß eure Anwesenheit nicht nur uns, sondern auch euch Nutzen bringe.“

Herr Tomaszewski, Mitglied der Vereinsbank polnischer Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, antwortete, daß wir nach Böhmen um so lieber kämen, als die Beziehungen zwischen den Polen und den Böhmen sehr alte seien. Er erinnerte daran, daß die böhmische Fürstin Dombrowka bei uns das Christentum eingeführt habe, er wies hin auf mehrere andere geschichtliche Tatsachen und betonte, daß die Polen sich angenehm der Namen Palacki, Kieger, Jelinek u. a. erinnerten. Im Namen des Kraukauer Ausflugskomitees begrüßte L. Halski die Posener Brüder.

Zum Schluß sprach im Namen des „Heims“ Herr Bujalski und schloß mit den Worten „ne dejme se“ (lassen wir uns nicht.)

Die Ausflügler begaben sich hierauf nach dem Hotel „Zum Schwarzen Adler.“

Empfang der Gäste aus Galizien und aus dem Königreich.

Die Gäste aus Galizien und aus dem Königreich Polen, 580 an der Zahl, verließen Krafau am 6. Juni, abends 7 Uhr im einem Sonderzuge. So sehr wir mit Freuden die Zuverlässigkeit des Eisenbahnpersonals anerkennen müssen, so sehr müssen wir unsere Enttäuschung und unser Bedauern über die Nordbahn-Direktion zum Ausdruck bringen, die für den Krafauer Eisenbahzug Waggons ältesten Systems, ohne Durchgangskorridore, ohne jegliche Bequemlichkeit bestimmt hatte. Überdies waren die Waggons überfüllt, die Ausflügler, unter denen sich viele Damen befanden, verbrachten die Nacht recht unbequem. Unter solchen Umständen hatte das Ausflugsomitee, das im Zuge unter der Leitung der Herren M. Doskowsky und Zagorsky stand, eine doppelt schwierige Aufgabe zu erfüllen und mußte bei der Fahrkartenkontrolle mit eigener Lebensgefahr arbeiten.

Der Sonderzug wurde in Böhmisches-Brod, Pardubitz und Kolin von den Vertretern der Kaufmannschaft, der Stadtverordneten-Versammlung und den Sokols mit Musik herzlich begrüßt. Auf die Ansprachen der Tschechen antworteten die Räte Porembzky und Leo Schiller.

Mit bedeutender Verspätung, denn erst nach 9 Uhr früh, fuhr der Zug in den Prager Bahnhof ein, woselbst zum Empfange der Polen eine zahlreiche Menge Tschechen, Delegierte des Magistrats und kaufmännischer Vereine erschienen waren. Im Auftrage des Magistrats erschienen die Herren Brost und Muttas, des „Neuen kaufmännischen Vereins“ Wittek und Binovec, des „Meiskur“ der Kommerzienrat Urban, Kivnac und Trejbal, des „Vereins reisender Kaufleute“ Ketter und Jira, der Weingrader Kaufmannschaft Brodecky, des Klubs selbständiger Kaufleute Nowotny, des Zentralverbandes tschechischer Kleinkaufleute Kralovec, Bizek, Knizek, des Landesverbandes der Kaufmannschaften Spirek, des mährisch-schlesischen kaufmännischen Verbandes in Bern Herr Burian, im Auftrage des Ausflugsverbandes Vojsa, der slawisch-tschechischen kaufmännischen „Beseda“ p. Wagner und Tynich usw. Unter den Ausflüglern die Waggons und versammelten sich auf dem Bahnsteige, woselbst Begrüßungsansprachen gehalten wurden.

Im Namen des Kongressomitees begrüßte als erster Kommerzienrat Urban die Gäste, welcher auf die Bedeutung des so zahlreichen Ausfluges hinwies, den polnischen Kollegen einen recht angenehmen Aufenthalt in Prag wünschte und zur Pflege slawischer Gegenseitigkeit und Solidarität ermahnte. Im Namen des Prager Magistrats sprach Stadtrat Mattus, der sein Bedauern darüber ausdrückte, daß die Tschechen im vorigen Jahre nicht die Schar der Sokols empfangen durften, er drückte aber seine um so größere Freude über das Erscheinen der polnischen Kaufleute aus.

Im Namen der polnischen Ausflügler antwortete auf den Willkommensgruß Rat Porembzky, indem er den Tschechen für die bewiesenen Sympathieen dankte und der Hoffnung Raum gab, daß die jetzige Zusammenkunft eine große wirtschaftliche Bedeutung haben und die stammverwandten Nationen einander näher bringen würde.

„Wir kamen hierher als Freunde zu Freunden“ — so schloß Porembzky. Es sprachen noch Direktor Tomaszewski-Posen und Bujalsky im Auftrage des „Polenheims“. Engelmann-Karlin verteilte frische Blumen.

Unter den Rufen „Na zdar“ und „Czolem“ verließen die Ausflügler den Bahnhof und begaben sich, unterwegs von der Bevölkerung herzlich begrüßt, nach

dem Hotel „Schwarzer Adler“, woselbst sich das Komitee-Bureau befand und die Verteilung der Quartiere stattfand.

Empfang der Delegierten der polnischen Kaufmannschaft im Prager Rathaus.

Laut Programm begaben sich um 11 Uhr vormittags fünfzig der angesehensten Ausflügler aus Krafau Lemberg aus den Provinzialstädten aus der Provinz Posen und dem Königreich in das Rathaus woselbst der Oberbürgermeister der Stadt, Dr. Groß, geschmückt mit der goldenen Amtskette im Beisein der beiden Vizebürgermeister Dr. Stych und Jironsek die Delegierten der polnischen Kaufmannschaft im historischen Rathaus-Saale erwartete.

Der Rat A. Porembzky-Krafau brachte in kurzen Worten dem „Starosten“ des Goldenen Prag den Willkommensgruß der Polen. Die Polen bekundeten sich zur slawischen Brüderschaft mit den Böhmen und hofften, daß die gegenseitige Annäherung der Kaufmannschaft beider Nationen zum Nutzen gereichen werde. Die Polen bestätigten mit Befriedigung und Dankbarkeit, daß sie in Prag eine sehr herzliche Aufnahme gefunden hätten und wünschten der Stadt den besten Erfolg.

Auf die Ansprache des Vorsitzenden des polnischen Ausfluges antwortete der Oberbürgermeister Groß folgendes:

„In dem altehrwürdigen Gebäude der Hauptstadt Böhmens heiße ich die aus Krafau, Warschau, Posen und aus anderen polnischen Städten erschienenen Vertreter der polnischen Nation willkommen. Ihr seid hergekommen, um Euch mit eigenen Augen zu überzeugen, welche Fortschritte wir auf dem Gebiete des Handels und der Industrie gemacht haben. Es ist wahr, daß unsere beiden Nationen stets einige Beziehungen miteinander unterhalten haben, wie dies ganz zutreffend einer Eurer Redner hervorgehoben hat; möchte dasselbe in Zukunft in den Handelsbeziehungen geschehen. In seinen Sympathien für die polnische Nation verbindet sich das böhmische Volk mit der Intelligenz.

In der Hoffnung, daß der polnische Ausflug sowohl für die Polen, als auch für die Böhmen die besten Früchte zeitigen und davon Zeugnis ablegen werde, wie nahe die böhmische Nation der polnischen stehe und wie wir uns bei gegenseitiger Verbrüderung den Einfluß erringen könnten, welcher dem Slaventum in unserem Staate mit vollem Rechte gebührt, begrüße ich Euch, geehrte Herren, nochmals auf das herzlichste und rufe: es leben die stammverwandte polnische Nation und deren Vertreter. „Na zdar!“ (Laute Beifall.)

Im Namen der Posener Polen sprach J. Leitgeber und betonte, daß die böhmische Nation ein Muster für die anderen slawischen Völker bilde, denn sie zeichne sich durch Seelenstärke, festen Willen aus, und dies habe ihr ihre Wiedergeburt und ein Werk zu vollbringen ermöglicht, auf das die ganze Welt mit Staunen blicke.

Im Namen der Polen aus dem Königreich sprach Sierkowski, indem er gleichfalls auf das frühere Verhältnis der beiden stammverwandten Nationen hinwies und die Hoffnung aussprach, daß sich dieses Verhältnis noch viel inniger gestalten möge.

Eine hübsche Ansprache hielt endlich der Direktor der Polenliga in Lemberg, J. Olzewski, indem er ausführte, daß die Anwesenheit so vieler hervorragender Kaufleute und Industrieller in Prag von großer Tragweite für den Handel beider Nationen sein könne. Der Redner vertrete eine Anstalt, die die Förderung des Handels und der Industrie in Galizien bezwecke. Während des zweitägigen Aufenthalts in Prag könne ein Korn ausgefät werden, welches in Zukunft reiche Früchte tragen werde. Es müßte einmal mit der Praetif gebrochen

werden, daß die slawischen Völker mit ihrem Gelde ihre Feinde unterstützten. Eine ganze Menge böhmischer Erzeugnisse könnte einen bedeutenden Absatz in Galizien haben, worauf Redner die böhmischen Produzenten aufmerksam mache, die die Stelle der boykottierten preußischen Fabrikanten einnehmen könnten. Hierauf schloß der Oberbürgermeister Dr. Groß die Begrüßung mit dem Rufe: „Na zdar bratnim Polakum.“ (Auf das Wohl der stammverwandten Polen.)

Vin d'honneur in dem Verein „Merkur.“

Nachdem die Ausflügler, etwa 100 Personen, das Rathaus verlassen, begaben sie sich in das Gebäude des ältesten kaufmännischen Vereins in Prag, des „Merkur“, woselbst ein glänzendes Frühstück, vin d'honneur, verabfolgt wurde. In den schönen Vereinszälen versammelten sich zur Begrüßung der polnischen Gäste viele der hervorragenden Vertreter des böhmischen Handels und der böhmischen Industrie, darunter der Vorsitzende des „Merkur“, Arthur Häusler, der Protektor des „Merkur“, Minister a. D. Dr. Forst, einige Bankdirektoren, der Vizepräsident der Handelskammer, Abgeordneter Nemec, Oberbürgermeister a. D. Podlipny, Vertreter aller kaufmännischen Vereine usw. usw. Mit den polnischen Gästen erschienen Dr. Groß und die beiden Bürgermeister.

Eine herzliche Begrüßungsrede hielt der Vorsitzende des „Merkur“, Arthur Häusler, in dem er betonte, daß die polnisch-tschechische Zusammengehörigkeit und Gegenseitigkeit auch auf dem Gebiete der Handelsbeziehungen ein Unterpfand für die weitere günstige Entwicklung und gleichzeitige Unterlage für die wirtschaftliche Selbständigkeit des ganzen Slawentums bilde. (Stürmischer Beifall.)

Minister a. D. Dr. Forst fing seine Rede in polnischer Sprache an. Er erinnerte an die ehemaligen polnisch-tschechischen Beziehungen. Auch heute hätten sie vielfach gemeinsame Ziele und empfänden sie gemeinsame Leiden. Arbeiten wir gemeinsam an der wirtschaftlichen Hebung beider Nationen — Arbeit ist der geeignetste Weg, um sich die Existenz zu sichern.

Rat August Porembzki dankte mit warmen Worten für die Aufnahme und hob die Verdienste des Ministers Dr. Forst auf dem Gebiete des Schutzes kaufmännischer Interessen hervor. Sich an den Vorsitzenden des „Merkur“, Herrn Arthur Häusler, wendend, pries er die tschechische Gastfreundschaft und drückte seine Freude darüber aus, daß den Polen ein so herzlicher und kollegialer Empfang bereitet worden sei. „Wir kamen nach Prag, um von den Böhmen zu lernen und uns an dem Beispiel der aus angestrengter Arbeit hervorgegangenen Entwicklung zu stärken.“ Redner gab der Hoffnung Raum, daß die heutige Annäherung zur Anknüpfung wirtschaftlicher und kaufmännischer Beziehungen führen werde. „Die polnischen Ausflügler“ — bemerkte Porembzki weiter — „sind von weit her nach Prag gekommen, viele von ihnen haben 150 und 200 Meilen zurücklegen müssen Daraus geht hervor, wie mächtig unser Verlangen nach einer Annäherung an die Kaufleute der stammverwandten Nation gewesen ist, wie aufrichtig wir uns ein weiteres Zusammenarbeiten wünschen. Und was wir meinen, das sagen wir auch aufrichtig.“ Zum Schluß wünschte Porembzki dem Vorsitzenden des „Merkur“, Herrn Häusler, noch eine lange erfolgreiche Arbeit für das Wohl des Vereins, dessen Leiter er sei. Mit einem Hoch auf den Verein „Merkur“ schloß Porembzki seine mit lautem Beifall aufgenommene Rede.

Inzwischen waren mehrere böhmische Kaufleute aus den tschechischen, besondere Sprachinseln bildenden Kolonien erschienen, die von Dr. Groß bewillkommenet wurden. Im weiteren Verlauf des Frühstücks, als Seft gereicht wurde, brachte Direktor Olzewski ein

Hoch auf die tschechische Gastfreundschaft, Zeitgeber einen jovialen Trinkspruch auf die Damen, stellvertretender Vorsitzender des „Merkur“ Stadtrat Rivnac auf die anwesenden polnischen Damen aus, für den die Kaufmannsfrau Kaempfer-Tarnow dankte.

Nach dem Frühstück wurde die Sophien-Insel besucht, woselbst ein Mittagessen für die 500 Beteiligten an dem polnischen Ausfluge stattfand; hierauf wurde geschlossen die Ausstellung besucht.

Die Ausstellung verfehlte alle in wahres Staunen, sowohl durch ihre Ausdehnung, als durch die Menge der ausgestellten Gegenstände und die schöne Ausschmückung der einzelnen Pavillons, die jedoch wegen der Überfüllung mit Schaulustigen schwer zu besuchen waren. (An dem Tage war der Besuch der Ausstellung ein riesiger, denn er betrug 67 000 Personen.) Der Abend wurde in gemüthlicher Gesellschaft unserer stammverwandten Brüder auf dem Ausstellungsplatze zugebracht.

Der erste Kongreß slawischer Kaufleute und die kaufmännische Versammlung in der Ausstellung.

In dem riesigen Industriepalast, im mittleren Hauptsale wurden vor der Büste Kaiser Franz Josefs, hinter welcher sich eine große Säule des Slawentums erhebt, über tausend Stühle aufgestellt. Kurz nach 10 Uhr waren bereits alle Plätze besetzt, obwohl ausschließlich nur Personen hineingelassen wurden, die sich als Mitglieder kaufmännischer Vereine ausweisen konnten. Für die polnischen Gäste wurden Plätze in der vordersten Reihe aufgehoben. Am 8. d. M. 10¹/₄ Uhr eröffnete im Auftrage des Kongreßkomitees der tschechische Staatsratsabgeordnete Wladislaus Cech die Versammlung, indem er herzlich die zahlreich erschienenen slawischen Kaufleute begrüßte.

Rede des Abgeordneten Cech.

Zu Anfang seiner Rede hob p. Cech hervor, daß die Kaufmannschaft in den slawischen Ländern zur Organisation besonders verpflichtet sei, weil der Kaufmannsstand bei den Slawen nicht die Bedeutung habe, wie bei den anderen Kulturvölkern und er hier doch mit Rücksicht auf die große Aufgabe, die er in jeder Gesellschaft zu erfüllen hätte, haben müßte. Der Kaufmann werde als der Vermittler zwischen dem Konsumenten und dem Produzenten nicht richtig bewertet, ja man geht sogar in manchen Klassen sowohl der Konsumenten als auch der Produzenten so weit, daß man ihn als ein angeblich überflüssiges gesellschaftliches Glied vollständig beiseitigen wolle. Indes würde von der ganzen Welt anerkannt, daß die Kaufmannschaft jeder Nation unschätzbare Dienste erwiesen habe und erweise und das Sinarbeiten auf die Vernichtung der Kaufmannschaft der ganzen Gesellschaft zum Nachtheil gereichen würde. Es würde dies ein großer Fehler sein, wenn wir den Kaufmann als ein überflüssiges Mitglied der menschlichen Gesellschaft, das keine positive Arbeit leiste, als einen Vermittler, welchen man entbehren könne, betrachten wollte. Den Verdienst, den der Kaufmann dadurch erreiche, daß er billig einkaufe und teuer verkaufe, erscheine als eine unnötige Preissteigerung der Ware, es werde aber vergessen, daß es ein Verdienst des Kaufmanns sei, daß er den breitesten Gesellschaftsschichten den Erwerb der Ware erleichtere, daß er die Ware verbreite, wodurch er deren Erzeugung ermögliche. Die kaufmännische Arbeit sei im höchsten Grade positiv, denn der Kaufmann erobere durch seinen kaufmännischen Sinn, durch vernünftige Reklame, durch seinen Unternehmungsgeist neue Absatzgebiete, er schütze durch seine Kenntnis der Ware die Bevölkerung vor Ausbeutung, er erhalte durch gegenseitigen Wettbewerb die niedrigen Preise aufrecht und erleichtere schließlich durch seinen Kredit, der leider von der Gesellschaft so oft mißbraucht werde, den Erwerb der Ware.

Infolge derartiger falscher Ansichten, oft aber auch aus eigener Schuld erfreue sich der Kaufmann nicht derjenigen Achtung, die er als der typische Vertreter des gesamten Mittelstandes verdiene.

„Wir Slawen haben bis jetzt diesem Stande zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Zugleich mit der Reife unserer Nationen wuchs auch das Übel. Wir müssen es uns durchaus abgewöhnen, der Kaufmannschaft diejenigen Söhne zuzuführen, welche für wissenschaftliche Berufe nicht fähig sind, wir müssen lernen, daß gerade unsere tüchtigsten Söhne sich dem Kaufmannberufe widmen müßten, weil nur solche praktischen Unternehmungsgeist zeigen, individuell handeln und der Gesellschaft die besten Dienste erweisen können. Wir sind zu spät an die Errichtung von Handelsschulen herantreten, die uns allerdings so manche Enttäuschung gebracht haben. Diese Schulen erziehen uns gute kaufmännische Beamte, die zur Verbreitung des böhmischen Kapitals in der ganzen slawischen Welt Österreichs beitragen und die Pioniere slawischer Gegenseitigkeit auf dem wirtschaftlichen Gebiete bilden. Leider lieferten uns aber diese Schulen keine intelligenten selbständigen Kaufleute; wenn wir sie haben, so verdanken wir diese Tatsache der praktischen Ausbildung im Leben einzelner Individuen. Je größer der Wettbewerb, desto größer das Bedürfnis, daß der Kaufmann ein selbständiger Mann ist; Jeiter größer, stärker wirtschaftlicher Anstalten können nur solche Kaufleute sein.

Der Kaufmannschaft droht indes heute von zwei Seiten Gefahr. Einerseits organisieren sich die Konsumenten unter der Losung des Selbstschutzes gegen den Kaufmann, andererseits die Produzenten, die sich zu Ringen und Kartellen verbinden, — überdies erschwert der Staat die Existenz des Kaufmannes durch verschiedene Gesetze und Verordnungen.

Gegen diese Gesetze müßte die Kaufmannschaft beizeiten Mittel und Wege ausfindig machen, die slawische Kaufmannschaft in Österreich aber müßte dem Beispiele der deutschen Kaufleute folgen und eine ähnliche Organisation ins Leben rufen, wie sie die deutschen Kaufleute in ihrem „Reichsverbande“ besitzen.“

Im weiteren Verlauf sprach Redner über die Bedürfnisse der Kaufmannschaft in Österreich, insofern sie in ihrer Entwicklung durch die Gesetze gehindert werden und bemerkte, daß die Böhmen einen ähnlichen Verband besäßen und mit ihrer Erfahrung gern zu Diensten ständen, falls die Polen oder andere österreichische Slawen sich einen Verband gründen wollten. Bei diesen Anstalten dürfe man nicht slawenmäßig die Deutschen nachahmen, sondern die slawische Individualität, die auch in den wirtschaftlichen Beziehungen in die Erscheinung trete, gehörig berücksichtigen.“

Ferner sagte er: „Die gegenseitigen Beziehungen der slawischen Völker waren bis jetzt vorwiegend kulturell und platonisch. Den slawischen Politikern ist es nicht einmal gelungen, im Rahmen des österreichischen Staates die Slawen politisch zu organisieren und von einer wirtschaftlichen Organisation war bis jetzt keine Rede; indes ist diese Organisation durchaus erforderlich. Die wirtschaftlich starken Slawen werden einen noch angesehenen Faktor bilden und sich Achtung sogar seitens ihrer größten Feinde erzwingen. Wir Slawen sind Träumer, unser Charakter ist zu weich, überdies stört der uns angeborene Fatalismus die Unternehmungslust. Von keiner Nation verlangt der Kaufmann die Kenntnis seiner Sprache, nur unsere slawischen Sprachen finden keine Berücksichtigung und die Fremden empfehlen uns in fremder Sprache ihre Ware. Mögen unsere slawischen Lande ein reisender Slawe, welcher den Pionier der wirtschaftlichen Kultur bildet, bereisen und

es wird sich unter uns die Kenntnis unserer wirtschaftlichen Bedürfnisse verbreiten und die Organisation erleichtert werden.

Wir haben uns hier nicht versammelt, um den Krieg gegen eine Rasse zu verkünden, wir wollen nur, daß unsere Feinde nicht für ihre Geringschätzung und für ihren Haß noch materiell unterstützt werden. Wenn wir die Wahl zwischen unserem Feinde und unserem Bruder haben, so werden wir stets dem letzteren den Vorzug geben. Wir sind uns dessen bewußt, daß wir nicht nur in kultureller und politischer Hinsicht, sondern auch in wirtschaftlicher wachsen. Die Früchte unserer wirtschaftlichen Entwicklung wollen wir allein für uns einheimen, wir wollen als slawische Kaufleute einen mächtigen Baum großziehen, dessen Zweige über die Grenzen unseres Staates hinaus, über alle slawischen Lande und noch weiter reichen können, damit sie sowohl unserem Staate, als auch anderen slawischen Nationen Nutzen bringen. Es fällt uns nicht im Traume ein, den Staat vernichten und die Grenzen verschieben zu wollen. Wer kann es uns verargen, wenn wir außer den Wissenschaften, schönen Künsten und der Literatur bei uns zu Hause eine entwickelte Industrie und einen blühenden Handel haben wollen? Möge sich deshalb der Slawe mit dem Slawen verbinden. Der Förderung dieses Gedankens und den nach dieser Richtung hin unternommenen Bemühungen rufe ich entgegen: Na zdar!“

Zum Schluß erinnerte Redner an das Jubiläum des Kaisers und machte den Vorschlag, im Namen der Versammlung eine telegraphische Huldigung abzusenden, was mit Beifall aufgenommen wurde.

Hierauf wurde zur Wahl des Vorstandes geschritten. Es wurden gewählt: der Abgeordnete Cech, stellvertretender Vorsitzender des „Neuen kaufmännischen Vereins“; kaiserlicher Rat Leo Schiller-Krakau und Rudolph Zöllner, Vorsitzender des freiwilligen Vereins für Mähren und Schlesien aus Bern. Zu Schriftführern wurden ernannt: J. Spirka aus Königlich Winohrad, Kommerzienrat Urban und G. Wittler; zu Berichterstattern: Dr. Fr. Samek, Adjunkt der böhmischen Handels- und Industriekammer und der Referent der „Zemské jednoty ceikych obchodnich gremic“. Nach erfolgter Wahl des Vorstandes begrüßte der Abgeordnete Cech die Versammelten in böhmischer, polnischer, slowenischer, ruthenischer und kroatischer Sprache, namentlich die angeseheneren, sowie die Abgeordneten, deren mehrere erschienen waren, darunter der Abgeordnete Dr. J. Petelenz-Krakau. Der Vorsitzende verlas auch die Begrüßungstelegramme von den Ministern, Würdenträgern und Vereinen. Aus Polen über sandten Telegramme: der Verein der Kaufleute und Handlungsgehilfen in Krakau, der kaufmännische Verein, der Verein christlicher Kaufleute in Posen, der Vorstand des kaufmännischen Verbandes für das deutsche Reich mit dem Sitz in Posen, die Firma Schaiter und Cie. in Rzeschow usw.

Als Delegierte polnischer Vereine beteiligten sich antlich an der Versammlung aus Krakau: Porembski, L. Schiller und L. Halski; aus Lemberg: M. Schydrowski, J. Gorski, J. Schuster, Leo Hoshchowsky. In das Ehrenpräsidium wurden noch berufen von den Polen: M. Dutkiewicz-Krakau, Karl Luczko-Podgorisch, Joseph Olschewski-Lemberg, J. Michajmer-Warschau, J. Psizner-Posen und J. Leitgeber-Posen.

Im Namen der Stadt Prag begrüßte die Versammlung der Vertreter des Bürgermeisters Dr. Stich, im Namen der Handelskammer der Präsident und kaiserl. Rat Rivnac und zuletzt der Vorsitzende des Ausstellungskomitees Leo Bondy.

Der Abgeordnete Dr. J. Petelenz bestätigte den dauernden wirtschaftlichen Aufschwung des Slawentums.

Hierauf hielten Ansprachen im Namen der vier politischen tschechischen Parteien die Abgeordneten: Dr. Kastaň, Dürich, Dr. Laza und Neumann. Der Direktor der Liga, Olšewski, betonte, daß die zahlreiche Beteiligung der Polen an dem Kongreß einen Beweis ihrer Sympathien für die Tschechen bilde. Die polnische Nation sei sich der Bedeutung der Kaufmannschaft bewußt und schließe deshalb sich dem Gedanken der tschechischen Kaufmannschaft an, der die slawischen Kaufleute unter eine Fahne schare. Die Stärke der Kaufmannschaft beruhe nicht ausschließlich auf Rechnung, sondern auch auf Solidarität. Herr J. Leitgeber-Posen brachte auf die Ausstellung ein Hoch aus.

Rudolph Zöllner-Bern begrüßte die Versammelten im Namen der tschechischen Kaufleute in Mähren. Der Abgeordnete Dr. Kramarz bewillkommnete die Versammlung im Namen des tschechischen „Nationalklubs“ im Staatsrate. Er erwähnte seine Reise nach Petersburg und deren wirtschaftliche Ziele. „Sie wissen, meine Herren, daß wir dort von großen wirtschaftlichen Anstalten gesprochen haben, so z. B. von der Gründung einer großen Slawenbank, von einer großen slawischen Weltausstellung, die im Jahre 1911 in Moskau stattfinden soll usw. Wir wollen keineswegs Eroberungs politik betreiben, aber wir wollen die Früchte unserer Arbeit selbst einern.“

Aus Nr. 153 des Czas (Kraſau)

vom 7. Juli 1908:

Vor dem Prager Kongreß.

An der Konferenz in Prag, die darüber befinden soll, ob und in welcher Weise der Slawenkongreß stattfinden solle, werden sich, soweit bis jetzt bekannt geworden, beteiligen: Aus Galizien: Redakteur Michael Chylinski, Delegierter der konservativen Partei, Hofrat Rydiger, Delegierter der Zentrums- und der national-katholischen Partei, Dr. Adam Doboszynski, Delegierter der demokratischen Partei.

Aus dem Königreich Polen: Die Delegierten der national-demokratischen Partei, Balicki, Dmowski, Harasewitsch und Stecki und die Delegierten der realistischen Partei, Graf Heinrich v. Potocki und Ludwig Straszewicz: die Fortschrittspartei entsendet die Herren Swientochowski und J. Lypacewicz, und die polnische Fraktion das Mitglied des Staatsrats, den Grafen Olizar.

Was den preußischen Anteil anbetrifft, so hat die polnische Land- und Reichstagsfraktion beschlossen, einen Vertreter dieses Anteils zu der Prager Konferenz nicht zu entsenden. Dies bedeutet natürlich nicht, daß die Polen im preußischen Anteil Gegner einer Verständigung der slawischen Nationen sind. Die Veranlassung zu der Entschlieſung der polnischen parlamentarischen Körper ist wahrscheinlich die Befürchtung, die Beteiligung an der Prager Konferenz seitens der Vertreter des preußischen Anteils könnte der Regierung einen Vorwand zu einer noch größeren Bedrückung des Polentums geben.

THE NEW YORK PUBLIC LIBRARY

ASTOR LENOX TILDEN FOUNDATION
455 N. 5TH ST. NEW YORK 17, N. Y.
The New York Public Library, Astor Lenox Tilden Foundation, is a non-profit corporation organized under the laws of the State of New York. It was founded in 1824 and is one of the oldest and largest libraries in the world. The library's collection includes books, manuscripts, maps, and other materials. It is open to the public and provides a wide range of services, including lending, reference, and research. The library is located at 455 N. 5th St. in New York City. It is a member of the American Library Association and the International Association of Agricultural Librarians and Documentalists. The library's website is <http://www.nypl.org>.

The New York Public Library, Astor Lenox Tilden Foundation, is a non-profit corporation organized under the laws of the State of New York. It was founded in 1824 and is one of the oldest and largest libraries in the world. The library's collection includes books, manuscripts, maps, and other materials. It is open to the public and provides a wide range of services, including lending, reference, and research. The library is located at 455 N. 5th St. in New York City. It is a member of the American Library Association and the International Association of Agricultural Librarians and Documentalists. The library's website is <http://www.nypl.org>.